

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

40 Jahre
BAföG
EINE ERFOLGSGESCHICHTE



Weniger Markt mehr Gerechtigkeit

DGB-Chef Michael Sommer über die Zukunft
der Hochschulen. Das Interview → Seite 10

STUDIENFINANZIERUNG
Ein europäischer Vergleich → 16

POSITIVE IRRITATION 25 Jahre
DSW-Plakatwettbewerb → 22

BARBARA ISCHINGER Porträt
einer PISA-Diplomatin → 34

**VERHAFTUNGEN.
FOLTER. HINRICHTUNGEN.**

**DIE TINTE EINER EINZIGEN UNTERSCHRIFT
REICHT, UM SOLCHE URTEILE ZU VOLLSTRECKEN.**

**DOCH DEINE UNTERSCHRIFT KANN DIESE SCHICKSALE AUCH
VERHINDERN. DENN ES SIND GEWÖHNLICHE MENSCHEN
WIE DU UND ICH, DIE REGIERUNGEN DARAN ERINNERN, DASS
SIE NICHT TUN KÖNNEN, WAS SIE WOLLEN, UND DIE
AUSSERGEWÖHNLICHES LEISTEN.**

**SEIT 50 JAHREN KÄMPFEN WIR GEMEINSAM GEGEN
UNTERDRÜCKUNG UND WILLKÜR. UND DAS WERDEN WIR
AUCH IN ZUKUNFT TUN. DENN ZUSAMMEN SIND WIR DIE
GRÖSSTE MENSCHENRECHTSBEWEGUNG DER WELT
UND KÖNNEN ETWAS ERREICHEN.**

50 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL.

**SEI DABEI. MIT DEINER UNTERSCHRIFT.
DEINER SPENDE. DEINEM EINSATZ.**

Mitmachen unter
www.amnesty.de/50jahre

50 JAHRE
**AMNESTY
INTERNATIONAL**



DIE HOCHSCHULE – DAS SIND WIR

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) betont es, wie es schon die europäischen Bildungsminister 2003 im Bologna-Kommuniqué von Berlin formuliert haben: „Hochschulen als öffentliches Gut in öffentlicher Verantwortung“ – sie sollen staatlich getragen und finanziert, von den Parlamenten kontrolliert werden. Das bekräftigt DGB-Chef Michael Sommer im Interview mit dem DSW-Journal. Die zunehmende Privatisierung von Bildung ist ihm ein Dorn im Auge. Stattdessen müssten sich Hochschulen gegenüber Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirche und vielen anderen öffnen, fordert er. Es gelte: Die Hochschule, das sind wir! Zu einer Hochschule in der Demokratie gehört für ihn auch eine sichere staatliche Studienfinanzierung. Denn man könne niemandem zumuten, seine soziale Existenz aufs Spiel zu setzen, nur um zu studieren. Das Interview_Seite 10

Die Existenz riskieren, zum Studieren? Um das zu vermeiden, haben vor 40 Jahren alle Fraktionen gemeinsam im Deutschen Bundestag das BAföG mit dem Ziel beschlossen, die berufliche Chancengleichheit zu fördern. Rund vier Millionen Menschen konnten seitdem dank BAföG studieren. Der Vorsitzende des Ausschusses Studienfinanzierung im DSW und Geschäftsführer des Studentenwerks Hannover, Eberhard Hoffmann, bringt es für mindestens weitere 40 Jahre BAföG auf den Punkt: Es müsse systemrelevant anerkannt und dauerhaft abgesichert werden. Und die Bundesbildungsministerin Annette Schavan sieht es als »unverzichtbaren Nukleus des Angebotsspektrums an individuellen Finanzierungshilfen«. Die Erfolgsgeschichte von

»40 Jahre BAföG« ist uns eine Jubiläumsbroschüre wert, die diesem DSW-Journal beiliegt.

Wir wollten aber nicht nur die Erfolgsgeschichte des BAföG betonen, sondern wissen, welche Finanzierungssysteme in Skandinavien, Großbritannien, Frankreich oder Griechenland existieren. Vielleicht geht es anderswo noch besser? Unser Autor Jochen Dahm sieht vier Typen von Studienfinanzierungssystemen in Europa, basierend auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Einordnungen der Studierenden: als eigenverantwortliche Bürger, als heranwachsende Auszubildende, als Kinder im Haus der Eltern und als Investoren in die eigene (Aus-) Bildung_Seite 16

Neun von zehn ehemaligen Wohnheimbewohnern würden wieder ins Wohnheim ziehen, hat HISBUS vor zwei Jahren ermittelt. Ein Grund, alles so zu belassen wie es ist? Nein – die Studentenwerke erproben vielmehr neue Konzepte. Wie in Dresden Studierende mit Kommilitoninnen und Kommilitonen aus demselben Fachbereich zusammenwohnen, in Düsseldorf Frauen unter sich sind und sich in Lüneburg Erstsemester ein Wohnheim für ein Jahr teilen, lesen Sie_Seite 28

Themen aus dem studentischen Alltag oder der Hochschulpolitik bewusst machen – das verfolgt seit nunmehr 25 Jahren der Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks: Design-Studierende haben seitdem Hunderte von Plakaten entworfen, und damit provoziert, reflektiert, irritiert. Normalerweise finden Sie die Plakate in WGs, Wohnheimen, Mensen, BAföG-Ämtern, Fachbereichsfluren, auch in Ministerien. Bei uns im Heft finden Sie eine Plakatrevue und die Geschichte der Kreativen dahinter_Seite 22

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Sehen und Lesen. Ihr

Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

**»3,5 bis
4 Millionen
Menschen
haben in
Deutschland
dank BAföG
studieren
können. Das
ist ein Erfolg.
Das wollen
wir feiern«**



Interview_Michael Sommer

Kultur_25 Jahre Plakatwettbewerb

Wohnen_Logis-Konzepte

Porträt_Barbara Ischinger



10



22



28



34

Heft 2
Juni 2011

■ CAMPUS

- 6_Kurznachrichten**
schnell, knapp & informativ
- 6_Zahlenwerk**
Studierende im Bachelor-Studium
- 8_Auf ein Wort**
Ist BAföG peinlich?
- 9_Eine Frage ...**
an die bildungspolitischen Experten der Bundestagsfraktionen

■ POLITIK

- 10_»Keine Vermarktung des Hochschulwesens«**
Interview mit dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer.
- 14_Zukunftsmodell**
Das BAföG verkörpert Breitenförderung und Chancengleichheit. Seine Bedeutung ist heute noch genauso groß wie vor 40 Jahren. Drei Perspektiven
- 16_Bürger, Auszubildende, Kinder oder Investoren?**
Vier Modelltypen sind kennzeichnend für die europäische Studienfinanzierung. Von Jochen Dahm
- 20_Es geht auch anders**
Warum die skandinavischen Länder erfolgreicher bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses waren. Von Wolf Wagner

Foto: Kay Herschelmann; Plakat: Thordis Ohler/Astrid Tuschen

■ PRAXIS

- 22_Positive Irritation**
Tausende Bilder aus der Welt des Studiums. 25 Jahre Plakatwettbewerb.
- 28_Neue Heimat**
Die Studentenwerke stellen sich mit vielseitigen Wohnkonzepten auf die veränderten Bedürfnisse der Studierenden ein. Von Frank van Bebber
- 32_Der De-Eskalator**
Wenn es Zoff gibt in Kölner Studentenwohnheimen, hilft der WG-Mediator Ludger Büter. Von Britta Mersch

Fotos: Caroline Förster, Kay Herschelmann

■ PROFILE

- 34_Die PISA-Diplomatin**
Barbara Ischinger im Porträt. Von Anja Kühne

■ PERSPEKTIVE

- 38_Excellence française**
Zwei unterschiedliche Auffassungen von Exzellenzinitiative. von Stephan Geifes

■ COMMUNITY

- 40_Aus den Studentenwerken**
- 41_DSW-Kurzporträt**
Claudia Symanzik
- 41_Medien**
Nachgelesen

■ STANDARDS

- 3_Editorial**
- 4_Inhalt**
- 41_Impressum**
- 42_Dobischat schreibt an sich selbst**

INHALT



Gutes aus Hessen

MARKETINGPREIS Mit einer Plakataktion zu Spargel, Erdbeeren und Wildgerichten hat das Studentenwerk Marburg Aufmerksamkeit erregt. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildende Kunst der Philipps-Universität Marburg und der Bäckerei Viehmeier entstanden Vorlagen für Plakate, Fahnen und Brötchentüten. Damit gewann das Studentenwerk Marburg nun den Preis »Gutes aus Hessen – Beste Marketing-Ideen 2011«. Mit den Motiven werden Produkte aus der Region beworben. ml

→ www.studentenwerk-marburg.de/navimeta/bildergalerie.html



ZAHLENWERK

Studierende im Bachelor-Studium

Bachelor- und Master-Studiengänge Etwa **80 Prozent** aller Studiengänge in Deutschland sind inzwischen Bachelor- und Master-Studienangebote. Im Wintersemester 2009/10 immatrikulierten sich **74 Prozent** aller Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang. Einen Masterabschluss streben drei Viertel der Bachelor-Studierenden an Universitäten und die Hälfte der Bachelor-Studierenden an den Fachhochschulen an.

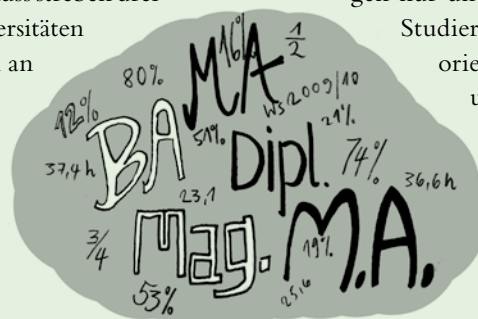
Alter Alle Hochschulsemester zusammengefasst, sind Studierende im Bachelor-Studium mit durchschnittlich **23,1 Jahren** jünger als ihre Kommilitonen in den alten Studiengängen (**25,6 Jahre**).

Migrant/innen **12 Prozent** der Studierenden im Erststudium, die einen Bachelor anvisieren, sind Studierende mit Migrationshintergrund. Sie wählen überdurchschnittlich häufig die Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften beziehungsweise im universitären Bachelor-Studium die Ingenieurwissenschaften.

Zeitlicher Aufwand Im Durchschnitt wenden Bachelor-Studierende für ihr Studium **an Universitäten wöchentlich 37,4 Stunden** und **an Fachhochschulen 36,6 Stunden** auf. Obgleich der Zeitaufwand im Vergleich zu den alten Studiengängen nur unwesentlich erhöht ist, empfinden Bachelor-Studierende die Studienlast als zu hoch. Stresstheorien erklären dieses durch straffe Studienpläne und wenig Gestaltungsspielraum.

Einnahmen **53 Prozent** der Bachelor-Studierenden an Universitäten werden von ihren Eltern finanziell unterstützt. In Diplom-/Magister-Studiengängen sind es dagegen **51 Prozent**. **BAföG erhalten 21 Prozent** der Bachelor-Studierenden **an Universitäten** und **19 Prozent** der Studierenden **in den alten Studiengängen**. Das führt dazu, dass Bachelor-Studierende einen geringeren Anteil ihrer Einnahmen durch den eigenen Verdienst bestreiten (16 Prozent versus 19 Prozent). schr

Quelle: 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks



Beim Zuhören helfen

NIGHTLINE-STIFTUNG Seit 1995 gibt es sie in Heidelberg, heute findet man sie an mehreren Hochschulstandorten: Nightlines – studentische Zuhörtelefone. Studierende bieten Hilfe für Studierende an, indem sie vor allen Dingen zuhören. Abends und außerhalb der gewöhnlichen Studienzeiten stehen sie für Probleme verschiedener Art am Telefon zur Verfügung. Für viele Studierenden ist diese Hilfe eine große Erleichterung, weil sie im leistungsorientierten Studienalltag nicht immer über ihre Probleme reden können. Die Nightliner geben darüber hinaus Tipps und nennen Ansprechpartner, wenn weitergehende professionelle Hilfe nachgefragt wird. Einige Zuhörtelefone werden von den Studentenwerken unterstützt. Die Förderinitiative Nightlines Deutschland e. V. hat es sich zum Ziel gesetzt, studentische Zuhörtelefone in ganz Deutschland zu unterstützen. Ende Juli 2011 bietet der Verein in Köln einen Workshop für interessierte Nightline-Gründer an. ml



→ www.nightline-stiftung.de

Exzellente ohne Gebühren

UNIVERSITÄT HALLE Im neuen Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) und der Wochenzeitung »Die Zeit« belegt die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Fach Rechtswissenschaften den ersten Platz aller staatlichen Hochschulen – besser ist nur noch die private Bucerius Law School in Hamburg. Der Erfolg der Universität Halle freut einen ganz besonders: **Hans Lilie**, Vizepräsident des Deutschen Studentenwerks und im Hauptamt Inhaber eines Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsvergleichung und Medizinrecht an eben jener Universität. Lilie: »Das Beispiel Halle zeigt: Exzellenz in Forschung und insbesondere in der Lehre, das geht auch ohne Studiengebühren. Das sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die noch immer behaupten, Studiengebühren seien für gute Studienbedingungen unerlässlich. Es geht auch anders.« sg

→ www.che-ranking.de
→ <http://lilie.jura.uni-halle.de>



Student Services im Bologna-Raum

Wie leben, wohnen und kommunizieren die Studierenden heute? Welche Beratungsangebote, welche sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen brauchen sie, um erfolgreich studieren zu können? Welches Serviceangebot wird an Hochschulen zur Verfügung gestellt und wie wird es organisiert, gestaltet und finanziert? Welche Standards sollen für Student Services in den Bologna-Staaten gelten?

Diesen Fragen stellt sich die internationale Konferenz »Development of the Social Dimension – Stocktaking and Future Perspectives of Student Services/Student Affairs in the European Higher Education Area«, die vom Deutschen Studentenwerk gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem europäischen Dachverband European Council for Student Affairs (ECStA) vom 11. bis 13. Juli 2011 in Berlin ausgerichtet wird.

Keynote Speakers stellen die Erwartungen an die soziale Dimension der Hochschulen dar und loten ihre Bedeutung für das Studium aus. Länderstudien schildern die Vielfalt der Services im ganzen Bologna-Raum. Internationale Experten reflektieren Europa von außen und liefern Denkanstöße für die weitere Entwicklung der Hochschulen. Die Rolle von Studentenwerken und ähnlichen Einrichtungen in Europa wird diskutiert. Dabei soll eine gemeinsame Position zur weiteren Entwicklung des sozialen Hochschulraums gewonnen werden. Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenlos. se

Internationale Konferenz zur sozialen Infrastruktur der Hochschulbildung in Europa, 11. bis 13. Juli 2011 in Berlin
→ www.student-affairs.eu



Auf ein Wort

Ist BAföG peinlich?

Immer wieder musste ich mir bei der Produktion dieser Ausgabe und der Broschüre »40 Jahre BAföG« diese Frage stellen. Über mehrere Wochen haben wir Prominente angesprochen und sie als ehemalige BAföG-Geförderte um ein Statement gebeten. Immerhin konnten sie dank BAföG studieren und damit einen Grundstein für ihre Karriere legen. Eine leichte Übung – so dachten wir. Doch schon bald mussten wir uns eines Besseren belehren lassen. Ein Großteil der angefragten Prominenten antwortete gar nicht. Viele wollten mit BAföG wohl nicht in Verbindung gebracht werden, andere gaben an, niemals BAföG erhalten zu haben. Ist es ihnen etwa peinlich, in aller Öffentlichkeit zuzugeben, dass ihnen dieses Förderinstrument zum Erfolg verholfen hat? Dass es eine Phase in ihrem Leben gab, in der sie vom Staat unterstützt wurden und nicht nachts arbeiten gehen mussten, um tagsüber studieren zu können? Was ist peinlich daran, eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, die einem zu einer soliden Ausbildung verhilft – und die man auch noch viele Jahre lang monatlich zurückzahlt? Ganz ehrlich: An dieser Stelle fällt mir der mittlerweile prominente Spruch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, ein: »Berlin ist arm, aber sexy«. BAföG ist zwar nicht sexy, aber verdammt hilfreich. Und es ist keine Schande, sich dazu zu bekennen.

Marijke Lass, Chefredakteurin

student.stories aus Augsburg

PODCAST Von A wie Akademisches Auslandsamt bis Z für Zentralbibliothek: Mit dem Audio-Guide student.stories kann man sich über die Einrichtungen am Hochschulstandort Augsburg sowie über viele hochschul- und studienrelevante Themen informieren. Zielgruppe dieses innovativen und kostenlosen Hörspiel-Angebots sind nicht nur internationale Studierende, für die das Angebot eine Orientierungshilfe schon vor dem Studium in Augsburg ist, sondern alle Hochschulangehörigen, die für die besonderen Bedürfnisse dieser Studierenden sensibilisiert werden sollen. Rund 25 deutsche und internationale Studierende haben bisher 17 Folgen zu unterschiedlichen Themen in deutscher Sprache produziert. Für alle Hörspiele werden Begleittexte in verschiedenen Sprachen angeboten. Initiatoren dieser Podcast-Serie sind das Studentenwerk Augsburg und das Institut für Medien und Bildungstechnologie an der Universität Augsburg (imb). ml

→ www.studentstories.de



Elternkompass

STIPENDIUM Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft bietet ein kostenfreies Informationsangebot zu Stipendien an. Der so genannte »Elternkompass« richtet sich – wie der Name schon sagt – in erster Linie an Eltern von Kindern, die studieren möchten oder es bereits tun. Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Elternkompass hilft, im Stipendien-Dschungel durchzublicken und zeigt, wie man seine Kinder fördern kann. Er ist eine Ergänzung zum Studienkompass, der Hilfestellung bei der Berufs- und Studienorientierung bietet. ml

→ www.elternkompass.info



Erste Präsidentin

MARIA HELENA NAZARÉ Sie stammt aus Portugal und ist Physikerin – und sie wird im kommenden Jahr als erste Präsidentin in die Annalen der European University Association (EUA) eingehen. Rund 850 Hochschulen sind in der EUA zusammengeschlossen, die mit der Hochschulrektorenkonferenz verglichen werden kann – nur auf europäischer Ebene. ml



Kids-Kalender

STUDIUM UND KIND Der Verein Studentische Eltern Leipzig hat im März 2011 einen Geburtstagskalender mit Fotos und Ausmalbildern veröffentlicht. In zwei Wettbewerben hatte der Verein 2009/10 Studierende mit Kind dazu aufgerufen, ihren Alltag zwischen Hör-



saal, Prüfungsstress und Spielplatz mit der Kamera zu dokumentieren. Entstanden sind Motive, die neben viel Spaß mit den Kids auch die Probleme von studierenden Eltern zeigen. Dazu gibt es Informationen über den Verein, die anderen Elterninitiativen Mut zum Engagement machen sollen. Die Ausmalbilder für die Kinder stammen von der Illustratorin Paula Partzsch. Bestellungen gegen eine Spende von fünf Euro: verein@studentische-eltern.de jaw

→ www.studentische-eltern.de

Eine Frage ...

Was muss die Exzellenzinitiative den Studierenden bringen?

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring MdB, Bündnis 90 / Die Grünen

Nur mit einem Konzept für gute Lehre als verbindlicher Förderbedingung wird die Exzellenzinitiative ein Gewinn für alle Studierenden. Gute Lehre als »weiche« Anforderung reicht nicht. Eine Hochschule ist nur mit herausragenden Leistungen in der Lehre eine Spitzenuniversität.

→ www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke MdB, Die Linke

Die Exzellenzinitiative schafft einige Elite-Hochschulen, während die meisten Hochschulen zu Billig-Unis werden. Die Mehrheit der Studierenden hat also nichts davon. Bessere Studienbedingungen kosten Geld. Mehr Geld ist nötig – an allen Hochschulen.

→ www.nicole-gohlke.de



Patrick Meinhardt MdB, FDP

Exzellente Forschungsmöglichkeiten. Wir wollen Studierenden die Chance geben, in Forschungseinrichtungen und an Hochschulstandorten zu lernen und zu arbeiten, die sich mit den besten der Welt messen können.

→ www.patrickmeinhardt.de



Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, SPD

Sie stärkt und hält die Spitzenforschung an den Hochschulen. Forschung und Lehre auf dem höchsten wissenschaftlichen Stand für die Studierenden müssen das Ergebnis sein und auf alle Hochschulen ausstrahlen. Die Ausweitung von Graduiertenkollegs schafft strukturierte und damit bessere Promotionsbedingungen.

→ www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht MdB, CDU/CSU

Die Exzellenzinitiative eröffnet den Hochschulen neue Spielräume in der Forschung. Sie verschafft vielen Studierenden zudem eine Perspektive für eine wissenschaftliche Laufbahn. Die geförderten Graduiertenschulen bieten strukturierte Promotionsprogramme innerhalb eines exzellenten Forschungsumfelds und eines breiten Wissenschaftsgebiets an.

→ www.albert-rupprecht.de

»Keine Vermarktung des Hochschulwesens«



MICHAEL SOMMER Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert eine stärkere Integration der Hochschulen in die Gesellschaft – unter Beteiligung von Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirche und vielen mehr.

DSW-Journal: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erarbeitet gerade ein Hochschulprogramm. Die Hans-Böckler-Stiftung hat ein Leitbild vorgelegt. Wie sieht der DGB künftig Deutschlands Hochschulen?

Michael Sommer: Wir haben dieses Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und den Gewerkschaften erarbeitet. Dahinter stehen für uns drei zentrale Fragestellungen: Wie kann die soziale Öffnung der Hochschulen wirklich gelingen? Wie muss eine demokratische Hochschule verfasst sein – und damit meine ich, welche Aufgaben haben Gesellschaft, Staat und die einzelnen Hochschulen? Und wie können wir den Arbeitsplatz Hochschule und die soziale Lage der Studierenden verbessern? Letztere ist für Gewerkschaften eine sehr wichtige Frage, zumal sich die Hochschulen immer mehr zu einem Ort der beruflichen Erstausbildung entwickeln.

Hierunter fällt auch die Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Abitur nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Ich halte es für ungerecht, dass jemand, der eine Berufsausbildung oder berufspraktische Erfahrung hat oder sich möglicherweise im Beruf weiterqualifiziert hat, schlechter qualifiziert sein soll als jemand, der sein Abitur mit der Note 3,2 abgeschlossen hat. Es geht nicht darum, das Abitur abzuwerten, sondern um Gleichwertigkeit im Studienzugang.

Glauben Sie, dass sich die Hochschulen durch die Einmischung des DGB in eine bestimmte Richtung entwickelt haben?

Ja. So haben wir uns immer für das BAföG stark gemacht, um gerade Kindern aus Arbeiterfamilien den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen. In den vergangenen 40 Jahren haben rund vier Millionen Menschen davon profitiert. Eine echte Erfolgsgeschichte. Aber auch die Einführung von Studiengebühren haben wir von Beginn an abgelehnt, da sie tendenziell junge Menschen aus ärmeren Familien vom Studieren abhalten.

Die Lage bleibt leider kritisch. Erstens: Wir haben nach wie vor

»Ich werde mich nie damit abfinden, dass die Kinder der Spekulanten an Hochschulen, die von den Spekulanten finanziert werden, zu neuen Spekulanten erzogen werden«

eine soziale Selektion im Bereich der Bildung, die auch zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft führt. Denn letztlich werden mit den Bildungsabschlüssen Lebenschancen vergeben. Deswegen ist Bildung für uns eine wichtige gesellschaftspolitische Frage.

Zweitens: Wir sind durchaus dafür, die Hochschulen sehr viel stärker an die Gesellschaft, auch an die Ökonomie und an die Arbeits-

welt heranzuführen. Aber die Hochschulen dürfen in keinem Fall der verlängerte Arm von Wirtschaftsinteressen sein. Dies gilt sowohl in der Ausbildung als auch in der Forschung. Wir haben leider den Trend, dass die Hochschulen immer mehr von Drittmitteln abhängig sind und damit verbunden die große Gefahr, dass der Geldgeber zu stark Einfluss auf die Wissenschaft nimmt. Dieser Fehlentwicklung müssen wir entgegensteuern. Ich sage: keine uneingeschränkte Vermarktung des Hochschulwesens. Da halte ich es mit Norbert Blüm, der einmal sagte, dass er sich immer gegen die Verstaatlichung der Wirtschaft gewehrt habe, aber genauso auch gegen die Verwirtschaftung des Staates.

Und nicht zuletzt halte ich die Tendenz der Privatisierung des Bildungswesens für katastrophal und falsch. Das fängt an mit privaten Kindergärten und Kitas und es hört mit privaten Elite-Hochschulen noch lange nicht auf. Ich werde mich nie damit abfinden, dass die Kinder der Spekulanten an privaten Hochschulen, die von Spekulanten finanziert werden, zu neuen Spekulanten erzogen werden. Aus all diesen Gründen ist für mich ein öffentlich finanziertes, öffentlich getragenes und von den Parlamenten kontrolliertes Hochschulwesen von zentraler Bedeutung.

Sehen Sie also die Entwicklung in den Hochschulen, die stärker in Richtung Deregulierung geht, im Widerspruch zu einer Demokratisierung der Hochschulen?

Ja, das ist in aller Regel der Fall. Die Deregulierung an Hochschulen hat doch in der Vergangenheit oft zu nicht viel mehr geführt, als zu einer Konzentration der Entscheidungskompetenzen an der Spitze der Hochschulen.

Dieser falschen Weichenstellung müssen wir entgegenwirken und die Demokratiefrage an den Hochschulen neu stellen: Wie autonom darf eine Hochschule sein, und wie ist das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Hochschule insgesamt geregelt?

Was ich nie aufgeben würde, ist die parlamentarische Verantwortung und Kontrolle von Hochschulpolitik und damit die demokratische Kontrolle durch die Gesellschaft. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Staat den Rahmen setzen muss. Dazu zählen Aspekte wie der freie

→ Zugang oder die soziale Absicherung des Studiums, die Personalstruktur oder die demokratische Verfassung.

Dennoch muss die Kultusbürokratie nicht bei jeder Entscheidung – etwa bei einzelnen Berufungen – die letzte Entscheidung treffen. Doch, wenn die Hochschulen jetzt mehr Autonomie und mehr Freiheit bekommen, brauchen wir jenseits des staatlichen Rahmens eine kluge Mischung aus Mitbestimmung der gewählten Gremien und neuen Formen der Partizipation. Mehr Autonomie bedeutet aber auch für die Hochschulen mehr Verantwortung. Sie müssen der Gesellschaft transparent Rechenschaft über Forschung und Lehre ablegen – auch über ihre Geldgeber.

Die Hochschulen müssen sich der Gesellschaft gegenüber öffnen. Wie sollte das aussehen?



ZUR PERSON Michael Sommer

Vor 59 Jahren in Büderich/Meerbusch geboren, studierte Michael Sommer Politologie an der Freien Universität (FU) Berlin. Als Studierender war er im Fachbereichsrat und im Akademischen Senat der FU tätig. Parallel zum Studium arbeitete Sommer bei der Deutschen Post. Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) wurde nach Abschluss des Studiums sein Arbeitgeber. 1997 wurde er stellvertretender Vorsitzender der DPG, später stellvertretender Bundesvorsitzender von ver.di. Seit 2002 ist er Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit 2010 zusätzlich Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Michael Sommer ist seit 1981 SPD-Mitglied. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Wir müssen auf der einen Seite die hochschulische Selbstverwaltung stärken. Grundsätzlich sollten alle Gruppen an den Hochschulen – Professoren, Mittelbau, Verwaltung und Studierende – das gleiche Mitbestimmungsrecht in den Gremien haben. Obgleich ich mittlerweile der Meinung bin, dass ich als Studierender – ich war im Fachbereichsrat und im Akademischen Senat der Freien Universität Berlin aktiv – nicht immer bis ins letzte Detail die wissenschaftliche Leistung bei der Berufung eines Lehrstuhls beurteilen konnte. Was Studierende aber besonders gut beurteilen können, sind Leistungen und Haltungen in Bezug auf Lehre und Betreuung.

Ersteres haben Sie aber damals als Student anders gesehen ...

Ja, das habe ich damals völlig anders gesehen. Trotzdem: Eine Rückentwicklung hin zu einer Professoren-Universität ist nicht der richtige Weg. Die Menschen, deren Arbeits- und Ausbildungsort die Hochschule ist, müssen in einer angepassten Form von Unternehmensmitbestimmung ein Mitspracherecht haben, zum Beispiel was ihre Arbeits- und Ausbildungsgestaltung betrifft.

Wir sollten zudem die externen Hochschulräte abschaffen, die heute in vielen Ländern schon Hochschulleitungen einsetzen können. Diese Räte sind wahrlich nicht immer plural und ausgewogen besetzt, deshalb schlagen wir vor, diese Hochschulräte in gesellschaftliche Beiräte umzuwandeln, die die Hochschulen beraten. In diese Beiräte gehören die Gewerkschaften, die Wirtschaft, Kirchen und viele andere mehr. Ich finde es gut, dass die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg jetzt diesen Weg gehen will.

Sie wollen anstatt 275 000 zusätzliche Studienplätze 500 000 schaffen. Wie soll das finanziert werden?

Die Finanzierung der Hochschulen ist durch die Schuldenbremse noch schwieriger geworden. Der Staat muss in die Lage versetzt werden, die dringend notwendigen Bildungsinvestitionen zu tätigen. Das gelingt nur dann, wenn die Einnahmeseite des Staates gestärkt wird, zum Beispiel durch die verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer ist eine Länderssteuer, Bildung ist eine Länderaufgabe, so dass die Länder 1:1 die Einnahmen aus der Vermögenssteuer in die Bildung investieren könnten. Die Studiengebühren werden dann erst recht überflüssig, weil die Hochschulen wesentlich besser durchfinanziert werden.

Thema Öffnung der Hochschulen für Berufstätige. Wo liegen die Zugangsprobleme für beruflich Qualifizierte aus Sicht des DGB?

Grundsätzlich gilt: Jede abgeschlossene Berufsausbildung muss den Zugang zur Hochschule eröffnen. Und zwar ohne Aufnahmeprüfung oder andere Barrieren. Hier waren die Kultusminister bisher nicht mutig genug. Doch es reicht nicht aus, nur den Zugang zu öffnen. Wir brauchen vor allem mehr berufsbegleitende Studiengänge, eine bessere Anrechnung beruflicher Kompetenzen, veränderte Curricula und eine bessere Studienförderung.

Müsste man dann nicht die unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente wie BAföG und Meister-BAföG stärker aufeinander beziehen und auch ausbauen?

Ja, man wird diese Systeme stärker miteinander verzahnen müssen. Übrigens: Man wird auch die Leistungen teilweise erhöhen müssen. Sie werden soziale Ungerechtigkeiten nie ausschließen, aber auch nicht mit der Gießkanne



lösen können. Wir wollen den Darlehensanteil vom BAföG reduzieren und die Altersgrenze streichen. Mittelfristig muss das BAföG – zumindest in einem Grundsockel – elternunabhängig gestaltet werden. In diesem Sockel können die Leistungen des Familienleistungsausgleichs zusammengefasst und an die Studierenden ausgezahlt werden. Eine zweite Komponente sollte dann als elternabhängiger Zuschuss – wie beim heutigen BAföG – ausgezahlt werden.

Die Hochschule von morgen muss auch denjenigen einen Zugang ermöglichen, die aus einer anderen Richtung kommen als über das normale Abitur und sie möglicherweise auch anders fördern. Da sind sie bei Fragen vom Meister-BAföG, da sind sie aber auch bei Fragen von Zuschüssen, die den Lebensstandard erhalten. Wer sich für

diesen Weg entscheidet, wird immer bereit sein, sich auch materiell in irgendeiner Form einzuschränken, sein Leben zu verändern. Sie können aber niemandem zumuten, dass er seine soziale Existenz aufs Spiel setzt, nur um zu studieren. Das ist die eigentliche soziale Hürde.

Wenn Sie mit Ihren Forderungen nicht durchkommen, müssten die Gewerkschaften dann nicht als logische Konsequenz eigene Hochschulen gründen?

Das ist die Wahl zwischen Pest und Cholera. Ich bin der Meinung, dass wir das öffentliche Bildungswesen stärken müssen und nichts tun dürfen, um das Bildungswesen weiter zu privatisieren und zu entstaatlichen. Die Gewerkschaften könnten nie-

mals finanziell mithalten mit der Macht der Millionäre, weil Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alleine niemals so viel Geld aufbringen könnten.

Abgesehen davon, ist Bildung eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe und muss vom Staat wahrgenommen und finanziert werden. Der DGB hat insgesamt 24 Kooperationsstellen an den Hochschulen, zum Beispiel an der Universität Kassel. Über unser Studienförderungswerk fördern wir Studierende und Promovierende – zum Teil gezielt aus Familien, bei denen vorher noch kein Kind studiert hat. Man kann und sollte auch den einen oder anderen Lehrstuhl fördern. Aber wir werden keine eigene Hochschule gründen.

Es wird keine Hans-Böckler-Hochschule geben, so wie man meiner Meinung nach auch keine Hertie School of Governance braucht. Wobei ich nichts gegen die Forscher, die Hochschullehrer dort habe, die leisten gute Arbeit. Aber die Frage ist doch, ob man so etwas wirklich privat finanzieren muss oder nicht, denn im Prinzip ist es eine Master-Ausbildung, die man staatlich organisieren und finanzieren kann.

Wir feiern in diesem Jahr den 40. Geburtstag des BAföG. Sie haben eben von elternunabhängiger Förderung gesprochen. Wird damit nicht der Generationenvertrag aufgelöst?

Ich glaube nicht, dass das wirklich etwas mit Generationenvertrag zu tun hat, sondern damit, dass sich in der jetzigen Situation die Hochschulen öffnen müssen für alle Schichten dieser Gesellschaft. Deswegen ist das elternunabhängige BAföG eher ein gesellschaftspolitisches Instrument. Die Finanzierung des Generationenvertrags muss sich aus der Arbeit und aus Gewinnen speisen, nicht aus der Bildung. Es gibt eine generationenübergreifende Beziehung zwischen Arbeit und Rente, nicht zwischen Ausbildung und Rente. Das ist eine deutlich andere Sichtweise. ■

KOMPAKT GEWERKSCHAFTEN AUF DEM CAMPUS

Seit 2002 setzt sich die DGB-Jugend unter dem Namen »students-at-work« direkt an den Hochschulen für die Verbesserung der Studien- und Lebensbedingungen von Studierenden mit verschiedenen Angeboten ein. Dazu zählen unter anderem arbeits- und sozialrechtliche Beratungen für jobbende Studierende, politische Bündnisarbeit und jede Menge Aktionen und Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang haben DGB-Jugend und ihre Mitgliedsgewerkschaften eine Reihe von untereinander vernetzten Initiativen ins Leben gerufen, die bundesweit zu über 50 Hochschulinformationsbüros (HiBs) und Campus Offices (CO) geführt haben. Diese Einrichtungen sind mit ihren Angeboten die gewerkschaftlichen Anlaufstellen auf dem Campus und damit für viele Studierende der erste Kontakt mit Gewerkschaften.

→ www.dgb-jugend.de/studium/beratung__vor__ort

Fotos: Kay Herschelmann

Fotos: Kay Herschelmann

Zukunftsmodell



zierung einer ersten Ausbildung geht und je mehr die BAföG-Empfänger sich voll dem Studium widmen. Je älter und unabhängiger Studierende sind, je mehr Gelegenheit sie zum Nebenverdienst haben, je flexibler sie Beruf und Studium miteinander verbinden, desto stärker werden andere Finanzierungsquellen eine Rolle spielen.

Die Bundesregierung hat sich zu Beginn der Legislaturperiode ganz klar für das BAföG ausgesprochen. Das war kein bloßes Lippenbekenntnis. Wir haben das BAföG mit den jüngsten Änderungsgesetzen ausgeweitet und auf Zukunft hin gestärkt. Mit dem inzwischen neu eingeführten Deutschlandstipendium haben wir zudem das Spektrum der Studienfinanzierung erweitert. Seit dem Sommersemester 2011 wird damit auch mehr privates Kapital für die individuelle Studienfinanzierung akquiriert und eingesetzt. Damit haben wir den einkommensschwächeren Auszubildenden nichts genommen, sondern allen Studierenden zusätzliche Chancen eröffnet.

Alle drei Komponenten der individuellen Ausbildungsfinanzierung – BAföG, Stipendien und Bildungskredite – werden auf lange Sicht hin gebraucht, um die individuellen Finanzierungsbedürfnisse zu decken, ohne sich wechselseitig die Existenzberechtigung streitig zu machen.

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung

BAföG – der Nukleus

Das BAföG hat in den vergangenen 40 Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Als Nukleus des Angebotsspektrums an individuellen Finanzierungshilfen ist das BAföG unverzichtbar – sowohl zur Sicherung von individueller Chancengleichheit als auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse zur Sicherung qualifizierten Nachwuchses. Darüber gibt es in der Bildungspolitik – ungeachtet aller unterschiedlichen Positionen im Detail – einen parteiübergreifenden Grundkonsens.

Das BAföG wird bleiben. Mit wachsender Vielfalt der Bildungsbiografien wird die Bildungsfinanzierung allerdings vielfältiger werden. Das BAföG wird eine größere Rolle spielen, je jünger die Empfänger sind, je mehr ihr Einkommen von ihrer sozialen Herkunft abhängig ist, je mehr es um die Finan-



Flexible Weiterentwicklung

»Der soziale Rechtsstaat... ist verpflichtet, durch Gewährung individueller Ausbildungsförderung auf eine berufliche Chancengleichheit hinzuwirken.« So lautete 1971 die Begründung des Gesetzentwurfs zum BAföG. Die Bundesregierung unter Willy Brandt hat sich damals dem Auftrag gestellt, der heute noch für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen Programms ist: Alle Talente, die studieren können und wollen, sollen dazu die Möglichkeit haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Aus diesem Grund haben wir auch die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen abgeschafft – per Gesetz zum Wintersemester 2011/2012.

Dem BAföG kann man für seine Leistungsfähigkeit im Sinne des Gesetzes-

40 JAHRE BAFÖG Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist eine Erfolgsgeschichte. Mit dem BAföG werden Begabungsreserven mobilisiert und Chancengleichheit geschaffen. Ein bewährtes Modell auch für die Zukunft?

auftrags in den vergangenen 40 Jahren nur gratulieren. 23 BAföG-Novellen in 40 Jahren spiegeln die Erkenntnis aller Verantwortlichen in Bund und Ländern wider: Bildung ist unsere wichtigste Ressource in Deutschland. Um die Bildungsbeteiligung zu steigern, sind gesteigerte Anstrengungen aller Verantwortlichen in Bund und Ländern nötig.

Neben der Anpassung der Bedarfsätze muss das BAföG zukünftig stärker auf von gesellschafts- und bildungspolitischen Zielstellungen geprägte Anreize ausgerichtet werden. Es ist Aufgabe der Politik, sicherzustellen, dass der staatliche Beitrag zur Studienfinanzierung Schritt hält mit den Rahmenbedingungen des Hochschulsystems und den sich rasch wandelnden Anforderungen: Hierzu gehört es auch, die Vielfalt von Bildungsbiografien im BAföG stärker zu berücksichtigen. Dabei ist an ein Teilzeitstudium ebenso zu denken wie an die weitere strukturelle Anpassung an das Bachelor-/Master-System.

Ich bin zuversichtlich, dass durch die flexible Weiterentwicklung des BAföG – zunehmend auch als Anreizsystem im Rahmen bildungspolitischer Anforderungen – auch die kommenden 40 Jahre erfolgreich gestaltet werden können.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen



Systemrelevante Breitenförderung

Kann man einem Gesetz zum Geburtstag gratulieren? Nicht wirklich..., aber seinen »Müttern und Vätern«, die es vor 40 Jahren parteiübergreifend beschlossen haben. Damit schufen sie ein Gesetz, das durch den Rechtsanspruch auf individuelle staatliche Förderung Generationen von Studierenden ein Studium überhaupt erst ermöglichte, da sie alleine und ihre Eltern die damit verbundenen Kosten nicht hätten tragen können.

Das BAföG ist eine Erfolgsgeschichte, aber nicht nur. Die Anpassung der Bedarfsätze und Einkommensfreibeträge erfolgte meistens nicht entsprechend der Lebenshaltungskosten, sondern nach Lage des Haushalts –, aber hier hat die Bundesregierung ja Besserung gelobt.

Für den Blick nach vorne gilt: Eine staatliche Studienfinanzierung als Brei-

tenförderung brauchen wir mehr denn je, um alle Bildungspotenziale auszuschöpfen und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten. Sie muss als »systemrelevant« anerkannt und dauerhaft abgesichert werden. Staatlich geförderte Stipendienprogramme können eine sinnvolle Ergänzung sein, sie dürfen aber nicht zulasten des BAföG gehen. Darlehen stellen wegen der mit ihnen verbundenen Verschuldung keine wünschenswerte Alternative dar und sind begrenzt nur für bestimmte Ausbildungsphasen sinnvoll.

Die Überlegungen einer Strukturreform der Ausbildungsförderung im Rahmen des Familienlastenausgleichs sollten wieder aufgegriffen und eine Zusammenführung des BAföG mit dem Kindergeld und den ausbildungsbezogenen steuerlichen Freibeträgen diskutiert werden (Drei-Stufen-/Körbe-Modell von Kultusministerkonferenz und Deutschem Studentenwerk).

Unabhängig davon ist das Gesetz zu »modernisieren«: Im Sinne von Vereinfachungen, zum Beispiel der Antragstellung (online); hierzu hat der Normenkontrollrat mit seinem Bericht »Schneller zum Studierenden-BAföG« viele Vorschläge gemacht. Und, um kompatibel mit der sich verändernden Studienstruktur (BA, MA) und der internationalen Mobilität der Studierenden zu bleiben. Im Verbund mit weiteren Maßnahmen muss auch die sich abzeichnende Perspektive »lebenslanges Lernen« einbezogen werden.

Eberhard Hoffmann, Geschäftsführer des Studentenwerks Hannover

Bürger, Auszubildende, Kinder oder Investoren?

STUDIENFINANZIERUNG In Europa gibt es unterschiedliche Systeme. Man kann sie in vier Modelltypen einteilen. In Deutschland werden die Studierenden als heranwachsende Auszubildende begriffen.

VON JOCHEN DAHM



In Deutschland führte 1971 eine »historisch glückliche Konstellation« (Wolfgang Lieb) zur Einführung des BAföG durch die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt. Das Grundprinzip des BAföG blieb bis heute unverändert: Es ist nach wie vor eine subsidiäre Sozialleistung, also in der Regel etwa von der wirtschaftlichen Situation der Eltern abhängig. Wie sieht es mit der Studienfinanzierung in anderen euro-

päischen Ländern aus? Der 40. Geburtstag des BAföG ist ein guter Anlass für einen Blick über den Tellerrand.

Studienfinanzierungssysteme: vier Modelltypen

Der Instrumentenkasten Studienfinanzierung in Europa kennt eine große Vielfalt: Zuschüsse, Darlehen, Subventionen für die Inanspruchnahme bestimmter Dienst-

leistungen (etwa für Unterbringung, Verkehr, Verpflegung und Gesundheit), Kindergeldzahlungen und vieles mehr.

Modellhaft lassen sich in Europa vier Typen von Studienfinanzierungssystemen identifizieren. Sie unterscheiden sich jeweils im Grad der Unabhängigkeit der Studierenden und in Bezug auf das finanzielle Engagement des Staates. →

→ Unterscheiden lassen sich die vier Typen auch in Bezug auf die gesellschaftliche Sicht auf die Studierenden.

Sie werden entweder als »eigenverantwortliche Bürger/innen«, »heranwachsende Auszubildende«, »Kinder im Haus ihrer Eltern« oder »Investor/innen« gesehen. Kein System entspricht exakt einem der Idealtypen, in der Regel lässt sich aber eine deutliche Präferenz ausmachen.



Erster Typ: Studierende als eigenverantwortliche Bürger/innen

Die Staaten, die Studierende als »eigenverantwortliche Bürger/innen« begreifen, zeichnen sich dadurch aus, dass der Staat die finanziellen Mittel zur Realisierung des Studiums weitgehend zur Verfügung stellt. Die Studierenden wohnen überwiegend eigenständig. Sie gelten als junge Erwachsene, die mit Hilfe der staatlichen Finanzierung ihren Weg gehen. So beschreiben es die Autorinnen Stefanie Schwarz-Hahn und Maike Rehburg. Typischerweise werden beinahe alle Studierenden elternunabhängig durch staatliche Zuschüsse und Darlehen gefördert. Unterhaltsansprüche gegenüber ihren Eltern können sie daher nicht geltend machen. Die Eltern

erhalten allerdings auch kein Kindergeld oder ähnliche kindbezogene Transfers. Studiengebühren werden nicht erhoben. Die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland sind typische Vertreter dieses Studienfinanzierungstyps.

Zweiter Typ: Heranwachsende Auszubildende

Der zweiten Gruppe von Staaten gehören etwa Frankreich, Deutschland, Österreich und Belgien an. Diese Staaten betonen ebenfalls die Bedeutung der staatlichen Verantwortung für Studienfinanzierung. Allerdings vor allem als sozialstaatliches Korrektiv für den Fall, dass »die Eltern der Studierenden die Studienkosten ihrer Kinder nicht oder nicht vollständig tragen können. Hier werden die Studierenden als heranwachsende Auszubildende gesehen.«

Hauptfinanzierungsquelle ist für die Studierenden der elterliche Unterhalt. Grundsätzlich existiert ein Rechtsanspruch auf einen solchen Unterhalt, staatliche Zuschüsse und Darlehen erhalten Studierende nur, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit ihrer Eltern zur Studienfinanzierung nicht ausreicht. Die Eltern studierender Kinder erhalten in diesen Ländern meistens nicht unerhebliche staatliche kindbezogene Transferleistungen. Studiengebühren



werden in geringer oder mittlerer Höhe erhoben, wobei bedürftige Studierende in der Regel befreit werden können.



Dritter Typ: Kinder im Haus ihrer Eltern

Der dritte Studienfinanzierungstyp zeichnet sich durch ein geringes staatliches Engagement und geringe finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden aus. Studierende werden hier als »Kinder im Haus ihrer Eltern« gesehen. Typisch ist, »dass die Studienchancen der jungen Erwachsenen in der Regel vollständig durch die Eltern zu sichern [sind], der Staat bietet nur in seltenen Fällen besondere Hilfen für bedürftige Familien an. Generell werden Studiengebühren erhoben.« Die Studierenden sind in diesen Ländern vollständig auf den Unterhalt durch ihre Eltern oder eigene Erwerbsarbeit angewiesen. Der Unterhalt ist ihnen im Regelfall gesetzlich zugesichert. Zuschuss- oder Darlehenssysteme haben keine große Bedeutung. Allerdings gibt es für Studierende vielfach erhebliche Vergünstigungen in den Bereichen Unterbringung, Verkehr, Verpflegung und Gesundheit. Dieses Konzept von Studienfinanzierung ist etwa in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland verbreitet.

Illustrationen (Seite 16 bis 19): Dominik Herrmann



Vierter Typ: Studierende als Investor/innen in den Beruf

Das vierte in Europa verbreitete Studienfinanzierungskonzept zeichnet sich schließlich durch eine geringe staatliche Verantwortung bei gleichzeitiger relativer finanzieller Unabhängigkeit der Studierenden aus. Das Verständnis von »Studierenden als Investor/innen in den Beruf« bringt es

»Der finanzpolitische Effekt des BAföG-Darlehensanteils ist eher vernachlässigbar. Seine Abschreckungswirkung kann hingegen kaum unterschätzt werden«

mit sich, dass »vergleichsweise hohe Studiengebühren erhoben werden, die den Wert der Hochschulbildung verdeutlichen sollen, gleichzeitig wird aber einem größeren Anteil der Studierenden staatliche Studienförderung zuteil.«

Die Studierenden werden von ihren Eltern in der Regel finanziell nicht in nen-

nenswertem Maße unterstützt, ein Unterhaltsanspruch hat sich nicht ausgeprägt. Auch die Eltern erhalten kaum kindbezogene staatliche Transfers. Im Gegenzug werden aber sehr viele Studierende direkt mit Zuschüssen – und vor allem mit Darlehen gefördert. Die Niederlande und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sind in Europa Vertreter/innen dieses Studienfinanzierungstyps.

BAföG wieder als Vollzuschuss!

In Analogie zu den unterschiedlichen Sozialstaatstypen haben sich also auch im Bereich der Studienfinanzierung regional unterschiedliche Konzepte herausgebildet. Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks und auch internationale Untersuchungen zeigen: Das BAföG ist ein Erfolg, aber es bleibt doch noch viel zu tun.

Es kann nur dann erfolgreich sein, wenn die betroffenen Studierenden vor und während ihres Studiums auf seine Leistungsfähigkeit vertrauen können. Selbstverständlich müssen etwa die Einkommensgrenzen und die Bedarfssätze entschiedener und verlässlicher an die Lebenswirklichkeit der Studierenden angepasst werden.

Zudem gilt es, Struktur und Regelungsdichte des BAföG zu vereinfachen. Das BAföG darf seine Leistungsfähigkeit nicht hinter Komplexität verbergen. Mit in der Tendenz großzügigeren Regelungen könnte hier mit wenig viel erreicht werden.

Was wäre, davon abgesehen, ein erster, nächster Reformschritt? Die Rückführung des Darlehensanteils in einen Zuschuss! In das BAföG wurde erst ab 1974, vor allem ordnungspolitisch motiviert, ein zunächst geringer Darlehensanteil eingeführt.

Der finanzpolitische Effekt des Darlehens ist eher vernachlässigbar. Seine Abschreckungswirkung kann hingegen kaum unterschätzt werden. Gerade bei den Zielgruppen, die das BAföG ansprechen will,

sind Verschuldensängste besonders ausgeprägt. So geben fast die Hälfte aller Studierenden, die der entsprechenden Schicht zuzuordnen sind, als Grund dafür, dass sie keinen BAföG-Antrag gestellt haben, an, dass sie sich nicht verschulden wollen. Das belegt die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Dieser Befund findet in der politischen Debatte oft wenig Beachtung. Das mag daran liegen, dass in der Lebenswirklichkeit der entscheidenden Personen eine Verschuldung von 10.000 Euro weniger bedrohlich wirkt als für einen jungen Menschen, der zu Beginn des Studiums vielleicht gerade dem Dasein als Taschengeldempfänger entwachsen ist. Die Abschaffung der Verschuldung beim BAföG würde schließlich dem Ziel eines sozialen Ausgleichs näherkommen und die Ausbildungslasten nicht einfach in eine spätere Lebensphase verlagern.

Das BAföG ist 1971 mit dem Ziel Chancengleichheit angetreten. An diesem Ziel muss es auch in Zukunft gemessen werden. Als noch nicht ausreichender, aber unverzichtbarer Baustein deutscher Bildungspolitik. ■

Teile dieses Artikels sind erschienen auf www.studis-online.de sowie in dem Sammelband von Klemens Himpele und Torsten Bultmann: »Studiengebühren in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung«, Marburg 2010. Die als Zitate ausgewiesenen Sätze stammen aus dem Buch »Studienkosten und Studienfinanzierung in Europa« von Stefanie Schwarz-Hahn und Maike Rehburg, Frankfurt am Main 2002 und einem Artikel der beiden in »Das Hochschulwesen« 4/2004.

DER AUTOR

Jochen Dahm

30, lebt in Bonn und arbeitet dort im Bereich Politische Bildung und Qualifizierung. Während seines Studiums engagierte er sich unter anderem im BAföG-Beirat der Bundesregierung



Es geht auch anders

BOLOGNA-PROZESS Die skandinavischen Länder haben die Studienstrukturreform wesentlich erfolgreicher umgesetzt als Deutschland – wie internationale Rankings zeigen. Was machen diese Länder anders?

VON WOLF WAGNER

Den Stand des Bologna-Prozesses kann man seit 2005 am besten am Bologna Stocktaking Report ablesen. Er wird auf der Grundlage der Länderberichte jährlich zusammengestellt und nach dem Ausmaß der Zielerreichung gewichtet. Daraus lässt sich eine Rankingliste der beteiligten Länder bilden. Sie liefert ein aufschlussreiches Ergebnis: Skandinavien ist die erfolgreichste Region, Deutschland liegt am Schluss. Die fünf skandinavischen Länder waren alle in der Gruppe der elf besten Länder. Dänemark Platz 2 (nach Schottland), Schweden Platz 4 (nach Irland), Norwegen Platz 6 (nach den Niederlanden), Finnland Platz 8 (nach Belgien) und Island Platz 11 (hinter Portugal und Österreich). Deutschland lag auf Platz 30. Und selbst dieser schlechte Rang war geschmeichelt. Denn Deutschland hatte bei der Frage nach den Übergangsmöglichkeiten aus dem Bachelor in den Master 100 Prozent angegeben, obwohl es in Deutschland bei den Entscheidungsträgern einen breiten Konsens gibt, nur die besten Bachelor in den Master zuzulassen. Hätte man ehrlich berichtet, wäre Deutschland auf Platz 39 in die Schlussgruppe gefallen.

Solche Ranking-Positionen beeindruckten in der deutschen Diskussion aber niemanden, wenn man nicht nachweisen kann, dass sie auch Ausdruck wis-

senschaftlicher Exzellenz sind. Denn eines der Hauptargumente gegen die Bologna-Reform ist, sie untergrabe die wissenschaftliche Qualität. Wie stehen also die skandinavischen Länder mit ihrer wissenschaftlichen Qualität im internationalen Vergleich dar? Setzt man die Zitationshäufigkeit eines Landes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, steht die Schweiz an der Spitze, gefolgt von Schweden, Israel, Finnland und Dänemark. Berechnet man die Anzahl der Patente pro tausend Einwohner, stehen bei den Flächenstaaten die Schweiz, Schweden und Finnland an der Spitze. Damit dürfte belegt sein, dass die hohe Ranking-Position Skandinaviens in der Umsetzung des Bologna-Prozesses durchaus einhergeht mit hoher akademischer Qualität.

Das unterschiedliche Ranking Deutschlands und der skandinavischen Länder macht vielmehr deutlich, dass die Schwierigkeiten, die Deutschland mit dem Bologna-Prozess hat, möglicherweise gar nicht an den Anforderungen der Bologna-Reform selbst liegen, sondern daran, wie Deutschland sie umsetzt. Die Frage ist dann: Was machen die

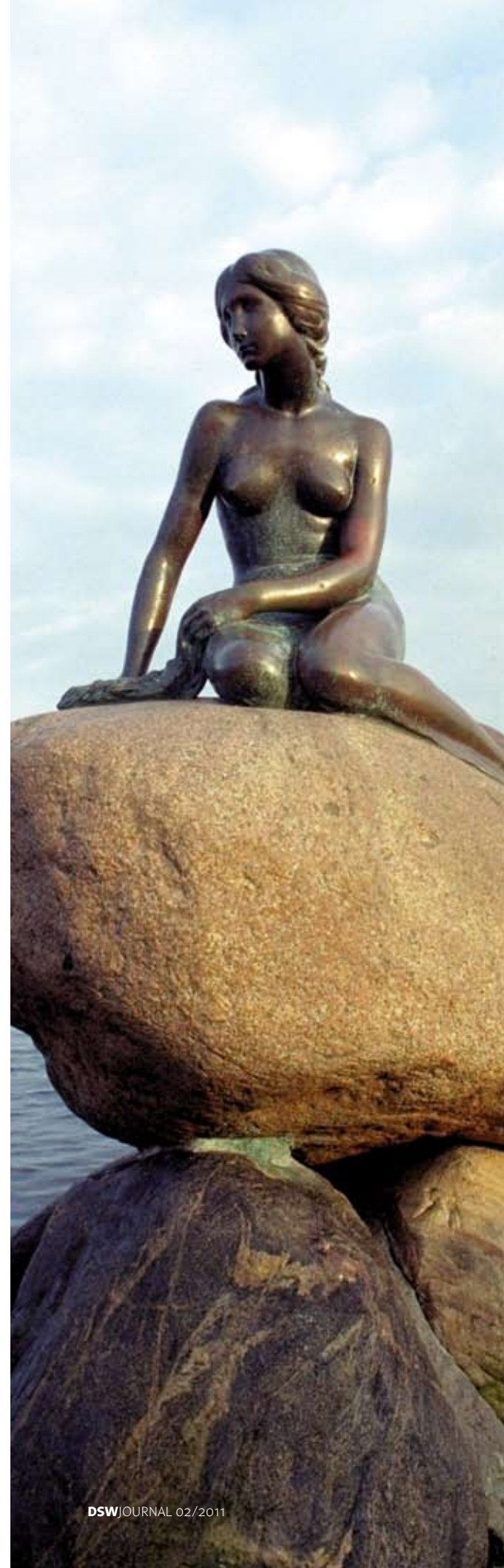
skandinavischen Länder anders? Diese Frage soll am Beispiel Dänemarks und Schwedens, den beiden skandinavischen Ländern an der Spitze des Rankings, beantwortet werden.

An den Universitäten Dänemarks macht problematisiertes Lernen in Projekten in allen Fächern mindestens ein Viertel des Studiums aus. Schon in den 1970er Jah-

»Referate, die anderen Studierenden vorgetragen werden, sind eine spezifische deutsche Unsitte«

ren wurden in Dänemark in Roskilde und Ålborg zwei Reformuniversitäten gegründet, die – inspiriert von Alexander Kluge und Oskar Negt – das problembasierte Lernen in Projekten auf 50 Prozent des Studiums ausdehnten. Die Studierenden sollten so zu »Subjekten ihres Lernprozesses« werden. Sie erwerben dabei alle Kompetenzen, die sie später, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Berufswelt, brauchen, nämlich im Team mit Menschen, die man nicht austehen kann, dennoch erfolgreich selbst organisiert und rational an der Lösung komplexer Probleme selbstständig zu arbeiten. Durch die intensive, auch gruppenspezifische Betreuung ist Fehlerfreundlichkeit durchweg gewährleistet. Ihre Ergebnisse werden nicht als Referate den anderen Studierenden vorgetragen (eine spezifisch deutsche Unsitte), sondern gehen als Projektergebnisse an die Lehrenden, die sie in einer mündlichen Prüfung differenziert bewerten müssen.

Auch in Schweden gibt es Module und Credit-Points schon seit den 1960er Jahren. Dabei hat sich eine besonders interessante Variante herausgebildet. Ein Credit war damals eine Woche. Denn die Studienorganisation lief



Fotos: picture alliance/dpa, Udo Hesse (Autor)

Bevor der Bologna-Prozess überhaupt begann, waren die Anforderungen der Reform in Skandinavien schon weitgehend erfüllt.

und läuft immer noch so: Das Semester zerfällt in mehrere Wochenblöcke, in denen inhaltlich Zusammengehörendes mit unterschiedlichen Lernmethoden erarbeitet wird. Vorlesungen, Übungen, Exkursionen ergänzen sich und werden begleitet von problemorientierten studentischen Projekten, in denen das anderswo Erarbeitete selbstständig problemlösend angewendet wird.

In den Ingenieurwissenschaften der Universität Lund, eine der renommiertesten skandinavischen Universitäten, ist das Studienjahr in vier solche Blöcke à sieben Wochen aufgeteilt. In anderen Fächern herrschen andere Aufteilungen, denn eine zentrale bürokratische Regelung gibt es nicht.

»It comes natural to us!« war die Antwort der Bildungsplanerin, Åsa Lindberg-Sand, vom »Centre for Educational Development« der Universität Lund auf die Frage, wie die schwedischen Universitäten mit ECTS und Modularisierung und der dort geforderten Zentrierung auf den Lernprozess der Studierenden umgehen. Sie wollte damit ausdrücken, dass lernendenzentrierte Lehre von jeher zur skandinavischen Lernkultur gehört. Schon in den Schulen steht der Lernprozess der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Die Anforderungen der Bologna-Reform waren in Skandinavien also schon weitgehend erfüllt, bevor der Bologna-Prozess überhaupt begann. Die Studiengänge mussten nur noch in die durch Bologna geforderte Form gebracht werden.

Schaut man sich andere Länder des Bologna-Prozesses genauer an, so kann man das skandinavische Beispiel verallgemeinern. Der Satz »It comes natural to us!« ist der Schlüssel zum Verständnis des gesamten Bologna-

Prozesses. Denn in allen Ländern wurde überwiegend das »It comes natural to us!« weitergeführt und nur der Form nach an den Bologna-Prozess angepasst. Entscheidend sind also die vorherrschenden Lernkulturen.

In Skandinavien hat sich eine Lernkultur bewahrt, die in der Tradition der angelsächsischen Aufklärung, ausgehend von John Locke, den Bildungsbegriff der Aufklärung erhalten hat, der in Deutschland von Wilhelm von Humboldt definiert wurde als die Menschenbildung, die das jeweilige beste Potenzial in jedem Menschen entdecken und verwirklichen soll. In Deutschland hat die Romantik im 19. Jahrhundert mit ihrem antiwestlichen und antiaufklärerischen Impetus das aufklärerische Bildungsideal verdrängt und durch einen elitären, durch den George-Kreis geprägten Bildungsbegriff ersetzt. In ihm steht in der erhabenen Variante das exklusive Wissen im Zentrum, die Allgemeinbildung, der elitäre Zugang zu den innersten Geheimnissen der Kultur. In seiner profanen Form ist es ein Bildungsbegriff, der das wissenschaftliche Niveau durch umfassendes Fachwissen misst. In diesem Geiste wurde der Bologna-Prozess von den Fachvertretern genutzt, um in jedem Fach das »unverzichtbare« Fachwissen in das Curriculum zu pressen, und zwar jeweils semestermäßig aufgliedert in abprüfbareren Einzelmodulen. So entstand die Verschulung und Untergrabung wissenschaftlichen Denkens, die diejenigen am meisten beklagen, die sie verursacht haben. Denn auch hier herrschte das Prinzip: »It comes natural to us!« ■

DER AUTOR

Wolf Wagner

67, emeritierter Professor für Sozialwissenschaften und Politische Systeme sowie Altrector der Fachhochschule Erfurt





Positive Irritation

25 JAHRE PLAKATWETTBEWERB Was ist ein gutes Plakat? Typografie, Bilder, Wortspiele – die Kunst der Reduktion mit großer Wirkung. Die Arbeiten zeigen ein Stück visuelle Zeitgeschichte aus der Welt des Studiums.

Kinder im Studium, Chancengleichheit, Elite – der Themen sind viele, das Prinzip ist einzigartig: Beim DSW-Plakatwettbewerb visualisieren Design-Studierende ihre Haltung, ihre Botschaft zur Hochschulpolitik, zum studentischen Leben. Ohne Auflagen, mit viel künstlerischer Freiheit. Mit Herzblut, Hintersinn und Engagement.



1988

Grafisch würde sie das Thema des Wettbewerbs »Ausländische Studierende in der Bundesrepublik Deutschland« heute zwar anders umsetzen, aber inhaltlich findet **Steffi Dobbertin** ihr Plakat »Mensch« nach 23 Jahren immer noch gelungen. Die umtriebige 44-jährige Grafikdesignerin hat ihre Reiselust und multikulturelle Gesinnung mittlerweile zum Beruf gemacht. Neben dem Texten, Konzeptionieren und dem Grafikdesign im werblichen Bereich schreibt sie auch Romane. Unter dem Pseudonym Steffanie Burow wurden bereits zwei Bücher im Knauer Verlag veröffentlicht, ein drittes wird bald folgen. In ihren Texten geht es immer auch um Toleranz und Verständnis für andere Kulturen. Diese Themen sind der Hamburgerin seit jeher wichtig. Übrigens: Das 1988 beim Plakatwettbewerb gewonnene Geld für den 2. Preis ist – selbstverständlich – in ihre Reisekasse geflossen. *ml*

→ www.steffi-dobbertin.de



1998

Mit dem Fahrrad, das sich **Meike Hoffmann** vom Preisgeld aus dem 12. Plakatwettbewerb 1998 gekauft hat, fährt sie heute immer noch. Die Teilnahme am Wettbewerb »Studentenwerke: Viele Angebote – ein Konzept« war damals Bestandteil eines Kurses an der Universität Duisburg-Essen. Als ihre Schwester, die übrigens auf dem Plakat zu sehen ist, ihr nach einem Afrika-Urlaub die frohe Botschaft vom 1. Preis überbrachte, aß Meike Hoffmann zur Feier des Tages erst einmal eine Tafel Schokolade. Nach dem Studium arbeitete sie als freie Grafikerin für mehrere Designbüros. Heute leitet die 35-jährige Mutter von zwei Jungen zusammen mit einer ehemaligen Kommilitonin in Düsseldorf eine eigene Agentur: Myfication Graphic Design. *ml*

→ www.myfication.de

Fotos (Seite 24 bis 27): Kay Henschelmann

2006

Wer hätte gedacht, dass ein Schaf so inspirierend sein kann? Für die Studentin der Bauhaus-Universität Weimar, **Sabine Buresch**, war es das. Beim Spaziergehen sah sie eine Schafherde und fragte sich, worüber die Tiere wohl meckern könnten – und schon war die Idee für »Bääachelor« geboren. Mit der Bologna-Reform hatte sich Sabine Buresch gerade erst während eines Uni-Streiks auseinandergesetzt. Der Gedankensprung vom blökenden Schaf zum Plakat war daher nur ein kleiner – aber ein genialer. So verdankt sie einem wolligen Paarhufer ihren 3. Preis beim Plakatwettbewerb 2006 »Das ideale Studium«. Auf das blökende Schaf wird sie heute noch angesprochen. Gerade hat die 26-Jährige ihr Studium beendet. *ml*



2011

Sie traf ihn mit voller Wucht: die Umstellung auf den Bachelor. Doch aus der Not – und der eigenen Erfahrung – machte **Felix Bauer** eine Tugend. Er nahm ohne Betreuung durch einen Professor vollkommen selbstständig am aktuellen 25. Plakatwettbewerb »Alles Liebe?« teil. Und gewann den 1. Preis mit seinem Plakat »It's Bachelor Weather«. Sind es Tränen über die Mühen der Studienreform auf seinem Plakat? Sind die durchgestrichenen Tropfen erworbene ECTS-Punkte? Die Interpretation überlässt der Design-Studierende der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg lieber dem Betrachter selbst. Mittlerweile lebt Felix Bauer in seiner Wahl-Heimat Berlin. *ml*

→ www.odalrich.de





Gleichgesinnte in Dresden

In der sächsischen Landeshauptstadt leben Studierende der gleichen Fachrichtung unter einem Dach.



LOGIS-KONZEPTE Die Studierenden sind heutzutage jünger, wenn sie mit dem Studium beginnen und in ein Wohnheim ziehen. Die Studentenwerke reagieren vielseitig auf die veränderten Bedürfnisse.

VON FRANK VAN BEBBER

Neue Heimat

—Nach der Wiedervereinigung passte sich die Wohnheimkultur in den neuen Bundesländern dem Westen an: Es kam das System »wilde Mischung«. Bummelstudierende und junge Turbo-Pauker, angehende Philosophen und werdende Ingenieure, Frauen und Männer teilten sich Flure und Gemeinschaftsküchen. Nun, rund 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung, die Überraschung: Ältere Akademiker zwischen Kiel und Konstanz mögen weiter von ihren wilden Wohnheimjahren schwärmen, die neue Studierendengeneration schätzt anderes: das Mono-Heim, in dem zum Beispiel nur Ingenieure, nur Erstsemester oder nur Frauen leben. Und die Studentenwerke stellen sich darauf ein.

Wohnen mit Kommilitonen

»Es ist immer schön, wenn man jemanden trifft, mit dem man in die selbe Vorlesung geht«, sagt Bauingenieur-Studentin Anna-Elisabeth Wollstein. Die 21-Jährige ist Tutorin in einem WOMIKO-Wohnheim des Studentenwerks Dresden. WOMIKO ist der Kurzname eines Pilotprojekts und steht für »Wohnen mit Kommilitonen«. Das heißt: Tür an Tür mit Wollstein leben im Haus Studierende mit

dem Berufsziel Bauingenieur. »Die Leute wachsen mehr zusammen«, beobachtet Wollstein, »es ist ein bisschen persönlicher als in anderen Wohnheimen.« Die Resonanz ihrer Mitbewohner sei ebenso positiv. »Vor allem die Erstsemester sind begeistert.«

Doch, was ist mit dem allumfassenden Gedanken der Universität, mit fachübergreifenden Kontakten und Kulturen? Wollstein weiß: »Das ist der Hauptkritikpunkt am Konzept.« Doch dafür gebe es reichlich andere Gelegenheiten. Die Fachbereichsleiterin für Vermietung des Studentenwerks Dresden, Anette Effner, hat den Blick für die Wünsche ihrer Mieter: »Der Student, der mit 18 Jahren zu Hause auszieht, hat nicht als Erstes die interdisziplinäre Verquickung im Kopf. Der möchte erst einmal in seinem Fach Land sehen.« Damit liegt sie offenkundig richtig: Bei einer Online-Umfrage votierten 84 Prozent der Dresdener Studienanfänger für das Wohnen mit Kommilitonen des gleichen Fachs. 60 Prozent würden dafür sogar in ein weniger attraktives Wohnheimgebäude ziehen.

Ein wichtiger Fingerzeig für die Studentenwerke mit ihren rund 181 000 Wohnheimplätzen in Deutschland, in denen mehr als jeder →



Erstsemester in Lüneburg

Beim Speed-Dating können sich Studierende erst einmal beschnuppern, bevor sie sich für ihre Mitbewohner entscheiden.



→ zehnte Hochschüler lebt. »Das Wohnheim steht in erheblicher Konkurrenz zu anderen studentischen Unterkunftsmöglichkeiten«, betont das Hochschul-Informationssystem HIS in einer vom Deutschen Studentenwerk beauftragten Studie und empfiehlt eine offensivere Werbung mit den Vorteilen.

Der WOMIKO-Erfolg in Dresden ist die Folge solcher Kundenorientierung. »Wir hörten heraus: Das wird gewünscht«, sagt Effner. Das Projekt sei ein Marketinginstrument. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Eltern der heutigen Studierenden im Osten Deutschlands. Sie haben oft selbst früher in der DDR gelebt und kennen die dort nach Fächern sortierten Wohnheime noch aus ihrer Jugend. »Die haben immer gefragt, wo wohnen denn die Maschinenbauer?«, erinnert sich Effner. Mit Ostalgie habe das neue Fachrichtungs-Wohnheim dennoch wenig zu tun, ist Klaus Holschemacher von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig überzeugt. Die heutigen Mieter seien 1989 oft noch gar nicht auf der Welt gewesen. Der Experte für Bauwesen erforscht gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern die »Zukunft des studentischen Wohnens«. Für das Projekt wurden Leipziger Wohnheim-Studierende befragt. Ergebnis war auch hier, »dass die Studierenden sich Wohnheime für eine Fachrichtung wünschen.« Andere Resultate ihres laufenden Projekts überraschten die Initiatoren ebenso. »Man wünscht sich das Wohnheim nicht unbedingt da, wo das Leben pulsiert«, sagt Holschemacher, »wichtig ist, dass es nahe an den Vorlesungsstandorten ist.«

»Man wünscht sich das Wohnheim nicht unbedingt da, wo das Leben pulsiert«

Vom Mauerblümchen zum Lieblingswohnheim

Wie rasch ein abseits des Campus gelegenes Wohnheim ein Mauerblümchen-Dasein führt, musste das Studentenwerk OstNiedersachsen am Standort Lüneburg feststellen. 2,5 Kilometer Entfernung zur Universität war den Studierenden in der beschaulichen Stadt schon zu weit. Und so stand in einem Wohnheim im vergangenen Jahr jedes vierte Zimmer leer. Ellen Schwitzer, verantwortliche Abteilungsleiterin, ließ darauf das Haus räumen, renovieren und

öffnete es wieder als reines Wohnheim für Erstsemester. Das Ergebnis waren fünf Mal mehr Bewerbungen als Plätze. Das Haus ist ausgelastet. Nicht ein Mieter zog vorzeitig wieder aus.

»Die Idee ist, dass Erstsemester schneller Anschluss finden«, sagt Schwitzer. Was das Studentenwerk beim Einzug gleich mit einem Speed-Dating beförderte. Eine halbe Stunde lang durften die neuen Mieter alle fünf Minuten

einen anderen Bewohner beschnuppern – und dann die WG-Zimmer aufteilen. Die Eltern waren gleich miteingeladen. Auch Adventskaffee oder eine Sprechstunde der BAföG-Beratung gehört zum Angebot. Dazu sorgt sich ein Hausmeister-Ehepaar nicht nur um das Gebäude, sondern auch um die Mieter, verteilt Post und schaut nach dem Rechten.

Soviel Fürsorge gefällt vor allem einer Gruppe, die immer öfter dabei ist, wenn Wohnheime besichtigt werden: den Eltern. Der Hausmeister als neuer Ansprechpartner ist gefragt. »Die Eltern haben

Fotos: Studentenwerk OstNiedersachsen

Frauenpower in Düsseldorf

In der nordrhein-westfälischen Regierungshauptstadt wurde ein Wohnheim nur für Studentinnen eröffnet.



das genutzt und gefragt, ob alles in Ordnung ist«, sagt Schwitzer. Selbst wegen eines Streits um das nicht gespülte WG-Geschirr haben Eltern in der Lüneburger Wohnheimverwaltung angerufen. Eine Erklärung: Die Wohnheimbewohner werden – wie die Studierenden insgesamt – immer jünger. 18-Jährige sind heute keine Ausnahme, sondern die Regel. Auch Schwitzer bemerkt: »Früher waren sie selbstständiger, heute kommen sie eher unbedarft in einen neuen Lebensabschnitt.«

Nur für Frauen

Macht und Sorge der Eltern haben auch einem neuen Wohnheimkonzept in Düsseldorf einen Schub gegeben: Hier öffnete im vergangenen Jahr ein Studentenwohnheim nur für Frauen. »Viele Eltern legen wert darauf, wie ihre Tochter untergebracht wird«, sagt der Leiter der Abteilung Studentisches Wohnen beim Studentenwerk Düsseldorf, Heinz-Walter Pfeiffer. Das Angebot findet auch bei muslimischen Eltern Beachtung. Für die 24 Plätze im Frauen-Studentenwohnheim stehen inzwischen 150 Bewerberinnen auf der Warteliste. Besonders auf Sicherheit wird hier geachtet: Das Außengelände ist gut ausgeleuchtet, die Wohnungen im Erdgeschoss haben Rollläden. Daneben gibt es auch Komfortmerkmale, die sicher nicht dem kämpferischen Feminismus entsprungen sind: größere Spiegel und besser ausgeleuchtete Bäder zum Beispiel. Und: Der Besuch von Männern über Nacht ist keineswegs verboten.

Studentinnenwohnheime gibt es auch an einigen anderen Studienstandorten in Deutschland. So haben unter anderem die Stu-

Fotos: Studentenwerk Düsseldorf, privat (Autor)



dentenerwerke Münster, Erlangen-Nürnberg, Berlin und Heidelberg Wohnheime nur für Frauen im Angebot. Unisex Etagen und Wohngruppen gehören ebenfalls an mehreren Hochschulorten zum Angebot in den Wohnheimen. Die Mehrheit bevorzugt allerdings weiterhin das Zusammenwohnen ohne Geschlechtertrennung.

In Düsseldorf sollen nun wegen der großen Nachfrage weitere Frauen-Wohnheimplätze geschaffen werden. Das Studentenwerk OstNiedersachsen plant neue Erstsemester-Wohnheime. In Dresden ist das Wohnheim für einzelne Studienfächer heute Standard. Von 35 Wohnheimen sind hier heute 22 einzelnen Disziplinen zugeordnet. Maschinenbau-Student Fabian Hoffmann, selbst schon im achten Semester und Wohnheim-Tutor, sagt: »Das hätte ich mir schon bei meinem Studienbeginn gewünscht, dass es direkt nebenan jemanden gibt, den ich fragen kann.« Genügend Kontakte zu anderen Studienrichtungen gebe es trotzdem. Was wohl auch daran liegt, dass das Studentenwerk Dresden am Ende Sinn für Zwischenmenschliches bewies: Die Studierenden der männerdominierten Ingenieurwissenschaften sind in einem Gebäude mit den bei Frauen beliebten Kultur- und Literaturwissenschaften einquartiert. Ein Zufall ist das nicht. ■

DER AUTOR

Frank van Bebber
40, arbeitet als freier Journalist in Frankfurt am Main





Der De-Eskalator

WG-MEDIATION Studierende brauchen zunehmend Beratung. Das Kölner Studentenwerk bietet einen besonderen Service: Der Psychologe Ludger Büter schlichtet bei Konflikten in Wohnheim-WGs.

VON BRITTA MERSCH

»Beide Parteien tragen ihre Wünsche vor und wir versuchen, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten«

„Wie oft wird gespült? Wer trägt den Müll hinunter? Wie laut darf es nachts sein? Es ist nicht leicht, in Wohngemeinschaften klare Regeln für das Zusammenleben aufzustellen. Die einen wollen in Ruhe lernen, die anderen lieber Partys feiern – und schon ist der Konflikt da. Ihn zu lösen, ist oft gar nicht so einfach. Wie sage ich meinem Mitbewohner, dass mir sein Verhalten unglaublich auf die Nerven geht? Ist der überhaupt offen dafür? Einen Konflikt in Ruhe zu beseitigen, scheitert oft schon an der Kommunikation. Manche äußern ihre Bedenken so zaghaft, dass sie beim anderen gar nicht ankommen. Oder sie

sind schon so wütend, dass sie sofort ausflippen. Eine andere Variante: Der beschuldigte Mitbewohner sieht überhaupt nicht ein, dass er etwas falsch gemacht haben soll. Und macht einfach weiter wie bisher. Dann ist ein Streit zwischen den Studierenden vorprogrammiert, eine Lösung scheint es nicht zu geben.

Wenn sie keinen Ausweg sehen, wenden sich die jungen Leute an Ludger Büter. Der 59-Jährige ist WG-Mediator beim Kölner Studentenwerk. Er kümmert sich in den Kölner Wohnheimen um Studierende, zwischen denen ein Streit eskaliert ist. »Anlässe gibt es genug«, sagt der Psychologische Berater. Oft gehe es um den Umgang mit der Sauberkeit, auch um die Lautstärke in einer Wohngemeinschaft: »Wenn die Studierenden zu mir kommen, ist die Situation meistens schon so verfahren, dass sie alleine keinen Ausweg mehr finden.«

Foto: Eric Lichtenscheidt

In der Regel beginnt seine Arbeit mit Einzelgesprächen, in denen er sich die Lage von den Studierenden schildern lässt. Danach besucht er die WG, um sich selbst ein Bild davon zu machen, wie es in der Wohngemeinschaft zugeht. Er beobachtet, wie die Bewohner miteinander umgehen und sieht sich auch die Örtlichkeit an. Handelt es sich vielleicht um ein besonders hellhöriges Haus, das mehr Rücksichtnahme von allen Bewohnern verlangt? Ist die Küche wirklich so schlimm verschmutzt, wie es ein Student beschreibt? Trägt der Beschwerdeführer nicht vielleicht auch seinen Teil dazu bei, dass die Situation eskaliert ist?

Ludger Büter versucht, zwischen den Streithähnen zu vermitteln – ohne jedoch Partei zu ergreifen. Seine Aufgabe ist nicht, einer Person Recht zu geben, sondern er möchte, dass die Mitbewohner die Situation des anderen verstehen und respektieren. Er bittet die Parteien auch darum, sich in die Lage des anderen zu versetzen. Sein Ziel ist es, zusammen mit den Studierenden ein Modell auszuarbeiten, mit dem alle gut leben können: »Beide Parteien tragen ihre Wünsche vor und wir versuchen, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.« Dabei müssen sich die Streitenden auch auf einige Regeln einlassen: »Wir sprechen nicht mehr darüber, was den einen am anderen stört, sondern darüber, was alle Beteiligten zur Lösung des Konflikts beitragen können – ohne Feindseligkeiten und ohne Anfeindungen.«

Im optimalen Fall zeigen sich die Bewohner einsichtig und versuchen, in Zukunft mehr Rücksicht zu nehmen. Das ist für den seit 32 Jahren im Kölner Studentenwerk praktizierenden Psychologen das beste Ergebnis: »Es kam schon vor, dass zwischen den zerstrittenen Studierenden eine Freundschaft erneuert wurde. Darüber freue ich mich dann sehr.« Leider funktioniert das aber nicht immer: »Manchmal sind Mitbewohner einfach zu keinem Kompromiss bereit.« Im schlimmsten Fall hilft dann nur die Trennung, wie in einer Liebesbeziehung. Das heißt konkret, dass einer auszieht.

Es gibt aber auch Situationen, die Büter zu schaffen machen. Wenn der Streit über Anfeindungen hinausgeht und Gewalt angewendet wird. Auch das komme manchmal vor: »Solche Situationen sind nicht verhandelbar. Da hilft auch kein Gespräch«, sagt der Psychologe. Das Studentenwerk greift in diesem Fall zu anderen Mitteln. Es kann sein, dass ein Studierender eine Abmahnung bekommt. Im schlimmsten Fall droht die Kündigung: »Zum Glück kommt das nicht so oft vor«, sagt Ludger Büter.

Fotos: Kölner Studentenwerk, privat (Autorin)

KOMPAKT

WOHNEN BEIM KÖLNER STUDENTENWERK

Das Kölner Studentenwerk betreibt 86 Wohnheime mit 4553 Plätzen. Insgesamt gibt es 6400 sozial geförderte Wohnheimplätze. Die durchschnittliche Warmmiete beträgt 231 Euro, inklusive Internetanschluss und Flatrate. Die Versorgungsquote der in Köln eingeschriebenen Studierenden mit Wohnheimplätzen liegt bei 7,2 Prozent. Im Jahr 2010 bewarben sich 8765 Studierende um eine Unterkunft beim Kölner Studentenwerk.

→ www.koelner-studentenwerk.de

Bisher wurde die WG-Nanny, wie Büter von den Studierenden gerne genannt wird, rund 40 Mal zum Vermitteln hinzugebeten. Das scheint viel, ist aber nicht ungewöhnlich für Wohngemeinschaften. WGs in Wohnheimen sind anfällig für Konflikte – denn, anders als in privaten Wohngemeinschaften, können sich die Studierenden ihre Zimmernachbarn nicht selbst aussuchen. Außerdem werden die jungen Leute bunt zusammengewürfelt: »Es kommen Studierende mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen und Vorstellungen in eine WG«, sagt Ludger Büter. Manche möchten vor allem Geld sparen, andere gerne Freundschaften knüpfen. Wenn die Erwartungen dann enttäuscht werden, gibt es Spannungen.

Oft hilft es dann, wenn jemand von außen dazukommt, der die Situation neutral beurteilt. So wie Ludger Büter das macht. Durch seine Beobachtungen kann er neue Impulse geben, auch Verständnis für die Lage des anderen wecken, und so dafür sorgen, dass die Mitbewohner in Zukunft hoffentlich friedlich miteinander leben. ■



»Wir möchten unseren Mietern ein Umfeld bieten, in dem sie mit voller Kraft studieren können und sich wohlfühlen. Nicht endende Streitigkeiten rauben viel Energie, übrigens auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Einsatz des professionellen Streitschlichters führte zu einer spürbaren Entlastung in der Abteilung Studentisches Wohnen.«

Peter Schink, Geschäftsführer des Kölner Studentenwerks

DIE AUTORIN

Britta Mersch

35, lebt in Köln.

Sie arbeitet als freie Bildungsjournalistin, Buchautorin und Moderatorin



Die PISA-Diplomatin

BARBARA ISCHINGER Die eiserne Vertreterin von Studiengebühren stellt seit 2006 weltweit PISA-Studien vor. Keine leichte Aufgabe für die Direktorin der OECD-Abteilung Bildung, wenn die Ergebnisse nicht den Vorstellungen der beteiligten Länder entsprechen.

VON ANJA KÜHNE

Nach rechts oder nach links? Wenn Barbara Ischinger aus ihrem Pariser Büro tritt, hat sie die luxuriöse Wahl zwischen Restaurants aus aller Welt (rechts entlang) oder Natur (links entlang, in den großen Park Bois de Boulogne). Der Hauptsitz der OECD ist im reichen Westen von Paris, im repräsentativen Château de la Muette untergebracht. Oft

bleibt Ischinger jedoch so lange an ihrem Schreibtisch sitzen, dass es zu spät für einen Spaziergang im Park und selbst für einen Besuch der Restaurantmeile ist. Sie fährt direkt nach Hause und entspannt sich: »Bei Yoga am offenen Fenster«, wie sie sagt.

Als Direktorin der OECD-Abteilung Bildung bekommt

Ischinger jeden Tag mehr zu tun. »Wir können uns vor Nachfragen gar nicht retten«, sagt die 62-Jährige. 34 Staaten sind in der OECD zusammengeschlossen. Sie nutzen die Organisation mit ihren 2500 Mitarbeitern als Think Tank. Seit nunmehr 50 Jahren hilft er, die großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu beantworten. Ischingers Gebiet, Bildung, gehört zu den vier Hauptthemen der OECD: »Immer mehr Länder wollen mit Empfehlungen bei ihren Bildungsreformen unterstützt werden«, sagt Ischinger. →



→ Darum wächst ihre Abteilung schnell, ja sie boomt. Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2006 ist die Zahl ihrer Mitarbeiter von 80 auf 120 gestiegen. Sie gehen dutzenden von Projekten nach, von A wie »Adult Learning« über M wie »Migrant Education« bis zu W wie »What works in Higher Education«. Ein neues Projekt ist »Ahelu«. Diese Studie (»Assessment of Higher Education Learning Outcomes«) soll die analytischen Fähigkeiten von Studierenden untersuchen und den Hochschulen Hinweise darauf geben, wie sie selbst didaktisch besser werden können, besonders in den Ingenieur- und den Wirtschaftswissenschaften. An der Machbarkeitsstudie nehmen auch Länder teil, die nicht in der OECD sind, wie Ägypten oder Kolumbien. Deutschland fehlt. Das irritiert Ischinger. Natürlich nicht so heftig, als dass die mühsam wieder hergestellte Harmonie zwischen der OECD und den Kultusministern darunter leiden müsste. Davon später.

Ischinger und die OECD: Es war Zuneigung auf den ersten Blick. »Den Job will ich haben«, hat sie sofort gedacht, als sie 2005 im Flugzeug saß und die Stellenausschreibung der OECD im »Economist« las. Zu Internationalem fühlt sich die Afrikanistik-Professorin an der Universität zu Köln sowieso berufen: Anfang der 1990er Jahre arbeitete sie als Direktorin für kulturelle Kooperation bei der UNESCO, danach bis zum Jahr 2000 als Direktorin für den Bildungsaustausch zwischen den USA und Deutschland bei der Fulbright-Kommission, im Anschluss wurde sie Vizepräsidentin für internationale Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nun also zur OECD. Ischinger besiegelte ihren Entschluss noch im Flugzeug mit einem Glas Champagner – und bekam den Job.

Jetzt denkt sie darüber nach, wie man die Jugendarbeitslosigkeit in der Welt bekämpfen kann, die seit der Wirtschaftskrise in vielen Ländern stark zugenommen hat. Eine bessere Qualität der Ausbildung kann etwas bringen und bessere Übergangssysteme, sagt Ischinger und kommt dann auf die Aufstände in Nordafrika zu sprechen: »Das berührt mich sehr.« Im Übrigen hätte auch die Forderung nach Menschenrechten und nach Perspektiven für die Jugend viel mit Bildungssystemen zu tun.

»Immer mehr Länder wollen mit Empfehlungen bei ihren Bildungsreformen unterstützt werden«

In Deutschland hat der Pisa-Schock Ischingers Abteilung berühmt gemacht. Das war im Jahr 2001. Danach wallte die Aufregung von Pisa-Studie zu Pisa-Studie immer wieder neu auf. Mitten drin stand dabei Ischingers Kollege, der Pisa-Koordinator Andreas Schleicher. Der Abteilungsleiter für Indikatoren und Analysen bei

der OECD brachte die Kultusminister von CDU und CSU bei jeder Pisa-Veröffentlichung – und auch bei der jährlichen Präsentation der Studie »Bildung auf einen Blick« – aufs Neue in Rage: mit aus der Sicht der Politiker verfrühten Interpretationen der Ergebnisse, vermeintlich übertriebener Kritik am deutschen Schulsystem und schiefen Vergleichen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Mehrere Kultusminister forderten Schleichers Rücktritt und drohten sogar mit dem Ausstieg aus Pisa. Höhepunkt der Konfrontation war das Jahr 2007. Ischinger musste die Wogen selbst glätten.



ZUR PERSON **Barbara Ischinger**

1949 in Frankfurt am Main geboren, studierte Barbara Ischinger Geschichte, Romanistik und Afrikanistik in Tübingen, Heidelberg und Perugia. Nach der Promotion in Heidelberg und der Habilitation an der Universität zu Köln folgten mehrere Forschungs- und Lehraufträge in den USA. Von 1992 bis 1994 war Ischinger Leiterin der Abteilung für Kulturkooperationen bei der UNESCO, von 1994 bis 2000 Exekutiv-Direktorin der Fulbright-Kommission. Als Vizepräsidentin für internationale Angelegenheiten und Öffentlichkeitsarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin war sie von 2000 bis 2005 tätig. Barbara Ischinger ist seit dem 1. Januar 2006 Direktorin der OECD-Direktion für Bildungswesen. Sie hat zwei Kinder.

Fotos: Kay Herschelmann (Seite 34-36)

Fotos: Kay Herschelmann, privat (Autorin)



Offenbar war sie, die Tochter eines Diplomaten, Schwester eines Diplomaten (Hans-Henning Horstmann, der auch Sprecher von Bundespräsident Richard von Weizsäcker war) und frühere Ehefrau des Diplomaten Wolfgang Ischinger, dem Konflikt gewachsen. »Dieser Streit ist historisch, die Lage hat sich beruhigt«, sagt sie heute. Womöglich hätte Deutschland nicht so viel »Argwohn« gehegt, wäre es schon früh in Pisa eingestiegen und hätte das Design der Studie mitgestalten können, sagt Ischinger. Darum sei es auch ein Fehler, jetzt nicht sofort bei »Ahelu« mitzumachen. Warum Deutschland das nicht will, habe man ihr nicht erklärt. Jedenfalls sei sie froh, dass Deutschland wieder »fest in Pisa verankert« ist, sagt Ischinger – selbst wenn deutsche Politiker unlängst am OECD-Gipfel des Lehrerberufs in New York nicht teilnahmen. Ischinger war dort, kurz darauf ging es dienstlich nach Australien. Unmittelbar vorher war sie in London und in Berlin.

Führt sie ein Leben aus dem Koffer? Diese Frage versteht Ischinger falsch: »Es ist ja nur ein kleiner Koffer, und ich bin im Packen routiniert«, antwortet sie. Der Gedanke, das ständige Reisen könne ein Gefühl von Entwurzelung verursachen, ist ihr fremd. Sie ist als »Nomadin« aufgewachsen, sagt sie, lebte dort, wo die Eltern ihre nächste Station im diplomatischen Dienst annahmen, in Brüssel, Rom oder Afrika: »Ich hatte viele Schulwechsel, das war auch hart.« Inzwischen ist Ischinger die Mobilität zur Natur geworden. Heimatliche Gefühle hegt die Mutter zweier Kinder weder für ihre Geburtsstadt Frankfurt am Main noch für einen anderen

Ort. Sie ist zu Hause, »da, wo ich schlafen kann, im Hotel«. Ist der Ort »gut«, fühlt sie sich wohl. Wichtiger als Heimat sind ihr »Horizontenerweiterungen«, für die sie schon einmal aus dem aktuellen Programm ausbricht. So, als sie in Athen spontan die Delegation zum Sightseeing »in ein Taxi zertrte«.

In Berlin sitzt Ischinger ein paar Monate nach dem Athen-Besuch auf einem Podium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft vor einigen hundert dunkelgekleideten meist männlichen Zuhörern. »Herausforderung Bildungsgerechtigkeit« lautet das Thema: Ischinger soll erklären, »was in Deutschland schlecht läuft«. Deutschland holt auf, sagt sie. Aber immer noch leide das deutsche Bildungswesen »an der Konzentration von schwächeren Schülern an bestimmten Schultypen«. Auch das notorische »Lehrerbashing« sollten die Deutschen lieber lassen, sagt Ischinger – lässt aber durchblicken, dass ein härteres Lehrleben der Qualität im Schulwesen zuträglich sein kann: In Shanghai halten es sehr erfolgreiche Lehrer und Schulleiter nicht für eine Zumutung, wenn man sie in schwierige Schulen versetzt, um deren Entwicklung voranzubringen.

Wie kommen Ischinger oder Andreas Schleicher zu ihren Empfehlungen, über die in Deutschland einmal die Progressiven, einmal die Konservativen die Köpfe schütteln? »Aus der Koordinierung von Erkenntnissen, die auf Datenerhebung und internationalen Vergleichen beruhen«, sagt Ischinger. Etwa im Austausch mit der Wirt-

schaftsabteilung der OECD und natürlich aus den Berichten aus 34 Ländern. Für Ischinger sind die Empfehlungen darum nicht nur Ansichtssache. Sie ergeben sich folgerichtig aus gesichertem Wissen: »Bei öffentlicher Unterfinanzierung des Bildungssystems muss der private Sektor stärker beteiligt werden«, davon ist Ischinger überzeugt und plädiert daher »für Studiengebühren mit einem sozial gerechten Finanzierungsplan« – ob es das Deutsche Studentenwerk, bei dem sie eine Zeit lang im Vorstand war, nun gerne hört oder nicht. Aus dem gleichen Grund findet sie auch das umstrittene neue »Deutschlandstipendium« der Bundesregierung gut: als gelungenes Beispiel für »Public Private Partnership«, sagt Ischinger.

Die OECD-Direktorin ist schon wieder dabei, ihren Koffer zu packen. Sie will neue Erkenntnisse über Brasilien sammeln, das noch nicht OECD-Mitglied ist. Das Land wird noch viel an seinem Bildungswesen arbeiten müssen, die vielen Armen auf dem Land oder in den Favelas gehen gar nicht oder nur kurz zur Schule, für die Mittelschicht fehlen Studienplätze. Den Spaziergang im Pariser Bois de Boulogne muss Ischinger wieder verschieben. ■

DIE AUTORIN

Anja Kühne
43, verantwortliche Redakteurin
Wissen, Der Tagesspiegel



Excellence française

HOCHSCHULPROFILIERUNG Der Wissenschaftsrat empfiehlt in Deutschland die Differenzierung der Hochschulen. Für die Franzosen ist das ein Verstoß gegen das vom Staat garantierte Gleichheitsgebot.

VON STEPHAN GEIFES

—Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Hochschulentwicklung in Deutschland und Frankreich verlief gleich. Beide Länder verfügen über je rund 100 Universitäten, an denen die meisten der jeweils rund zwei Millionen Studierenden eingeschrieben sind. Daneben gibt es weitere, sehr zahlreiche, aber eher kleinere Hochschultypen. Ferner gehören beide Länder zu den Gründungsmitgliedern des Bologna-Prozesses und versuchen zurzeit, durch milliardenschwere Exzellenzinitiativen ihre Universitäten weltweit als Leuchttürme der Attraktivität zu positionieren. Doch, was ist wirklich vergleichbar?

Eine unbestrittene Gemeinsamkeit der aktuellen Hochschulentwicklung besteht darin, dass beide Hochschulsysteme in den vergangenen zehn Jahren den wohl grundlegendsten Veränderungsprozess seit der Ausweitung des Hochschulwesens in den 1960er Jahren durchlaufen. Die Verweise auf internationale Vergleichbarkeit, Anschlussfähigkeit und Konkurrenz als Begründung der Notwendigkeit des Prozesses sind ebenfalls eine Gemeinsamkeit. Doch da hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Der Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative artikulieren sich in beiden Ländern aufgrund sehr spezifischer Hochschulsysteme sehr unterschiedlich.

Bologna à la française

Der Bologna-Prozess wurde in Frankreich vor allem als eine Umstellung der Diplomstruktur auf das System LMD verstanden. LMD steht für *licence, master, doctorat* und bezeichnet die Abschlüsse nach idealiter drei, fünf beziehungsweise acht Jahren Studium. Die *licence* entspricht also unserem Bachelor. Drei, vier oder fünfjährige *licences* und entsprechend kürzere

Master sind nicht vorgesehen. Die Umstellung auf die LMD-Struktur erfolgte zügig, zwischen 2002 und 2006. In einem Zentralstaat ist auch die Hochschulpolitik aus Paris steuerbar. Dort wurde festgelegt, wann welche Universität anlässlich der Neuverhandlung ihres Vierjahresplans umzustellen hatte.

Die bisherige Einteilung des Studiums in Studienjahre mit Jahresabschlüssen erleichterte diese Umstellung. Neu war dagegen die Semestereinführung. Auf ECTS wurde ebenfalls mit den auch aus anderen Ländern bekannten nationalspezifischen Besonderheiten umgestellt. Schwerer tat und tut man sich hingegen mit dem *diploma supplement*. 2010 verliehen es nur 26 Prozent der Studiengänge, im Gegensatz zu 66 Prozent im Europa-Durchschnitt. 2002 streikten sogar die Studierenden dagegen. Für sie war das *diploma supplement* eine Gefährdung der Einheitlichkeit der vom Staat verliehenen Abschlüsse. Ein Master in Soziologie in Lille und einer in Brest etwa sollten immer das Gleiche (wert) sein. Eine Aufschlüsselung der Lehrinhalte im Abschluss würde dieses gefährden. Das mag anekdotisch klingen, doch verbirgt sich dahinter ein zentraler Streitpunkt der französischen Hochschulreform. Profilschärfung und Differenzierungen der Hochschulen, wie sie in Deutschland der Wissenschaftsrat empfahl, stellen für viele Franzosen einen Verstoß gegen das vom Staat zu garantierende Gleichheitsgebot dar. Dem sei auch das Hochschulwesen als Teil des öffentlichen Dienstes verpflichtet.

Ebenso entschieden wie Frankreich die einheitliche Diplomstruktur in seinen Universitäten umgesetzt hat, verweigern sich die anderen Hochschulen des Landes der Umstellung. Das sind zum einen die sehr beliebten zweijährigen Kurzzeitstudiengänge in berufsnahen Disziplinen. Zum anderen sind es die *grandes écoles* in den Staats-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Diese Eliteschulen rekrutieren ihre Studierenden in Auswahlverfahren. Im Falle der Aufnahme folgt ein dreijähriges Studium, das mit einem Master abschließt. Die *grandes écoles* verwehren sich gegen die Verleihung eines Bachelors drei Jahre nach dem Abitur, von denen ein Studierender nur ein Jahr bei ihnen verbracht hat. Absolvent einer Eliteschule zu sein, bedeutet auch eine Mindestzeit in ihr verbracht zu haben, um neben dem Wissen auch den Geist der Institution mitbekommen zu haben.

Ein weiteres Charakteristikum des französischen Bologna-Prozesses ist die Tatsache, dass der Bachelor nicht wirklich als ein erster berufsqualifizierender Abschluss angelegt ist. Die schlechten Berufsaussichten der Universitätsabsolventen im Vergleich zu den Absolventen der Kurzzeitstudiengänge und der *grandes écoles* hatten schon in den 1990er Jahren zu einem Studierverhalten geführt, das den damaligen vierjährigen Magister zum Regelabschluss machte. Der fünfjährige Master als neuer de facto Regelabschluss stellt somit eine Studienzeitverlängerung dar. Eine Selektion zwischen *licence* und Master ist in Frankreich politisch nicht durchsetzbar.

Exzellenz durch Forschung?

Der Bologna-Prozess gilt in Frankreich als weitestgehend abgeschlossen. Die Ziele des Bologna-II-Prozesses mit Blick auf 2020 sind über Expertenkreise hinaus kein Thema breiterer hochschulpolitischer Debatten. Diese sind seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Nicolas Sarkozy 2007 viel mehr durch die französische Exzellenzinitiative geprägt.

Im Kontext seiner Anstrengungen zur Erfüllung der Lissabon-Kriterien, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, wurde die deutsche Exzellenzinitiative seit 2005 mit großem Interesse verfolgt. Eine breitere Öffentlichkeit

missverstand sie aber zunächst deutlich, indem sie dachte, mit Eliteuniversitäten seien *grandes écoles à la française* gemeint. Letztere sind durch höchst selektive Auswahlverfahren der Studierenden gekennzeichnet. Das Studium an den *grandes écoles* selbst ist dann viel stärker anwendungsorientiert als wissenschaftlich geprägt. Forschung spielt somit an den *grandes écoles* eine nachgeordnete Rolle, wie auch Promotionen in Frankreich außerhalb der Universitätslaufbahn nicht verbreitet sind. Viele *grandes écoles* haben nicht einmal das Promotionsrecht. Den Elitestatus einer Hochschule über ihre Forschungsleistung, also den Wissens-Output und nicht den Brain-Input zu definieren, ist etwas Neues für Frankreich.

Die französische Exzellenzinitiative hat mit 26,6 Milliarden Euro ein deutlich größeres Volumen als in Deutschland. Dieses erklärt sich daher, dass in diesem Rahmen primär nachhaltig die Strukturen verändert und modernisiert werden sollen. Die eigentliche Exzellenzinitiative begann 2010 mit der Ausschreibung von rund 21,6 Milliarden Euro für thematisch offene sowie thematisch gebundene Exzellenzcluster, wobei sich die Fördersummen im Verhältnis 2:1 verteilen. Ziel dieser Ausschreibungen ist es, nicht nur Spitzenforschung zu fördern, sondern vor allem durch massive finanzielle Anreize die Bündelung der in Frankreich besonders

kleinteilig aufgefächerten Forschungspotenziale zu erreichen und ihnen dadurch eine größere Sichtbarkeit zu verschaffen. Dieser Prozess geht einher mit sehr weitreichenden Veränderungen der Hochschulverfassung in Richtung Autonomie der Hochschulen. Damit strebt Frankreich an, in den weltweiten Universitätsrankings, in denen es – ähnlich abgeschlagen wie Deutschland – im Mittelfeld rangiert, größere Visibilität zu erhalten. Das kommt einem bekannt vor. Überwiegen trotz aller Unterschiedlichkeiten doch die Gemeinsamkeiten auf beiden Seiten des Rheins? ■

»Beide Länder versuchen zurzeit, durch milliardenschwere Exzellenzinitiativen ihre Universitäten weltweit als Leuchttürme der Attraktivität zu positionieren«



DER AUTOR

Stephan Geifes

42, ist wissenschaftlicher Koordinator im Deutschen Historischen Institut Paris. Zuvor war er Generalsekretär der Deutsch-Französischen Hochschule

→ www.dhi-paris.fr

DSW-Journal
Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 2/2011

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.
Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V.
Monbijouplatz 11
10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde (amadh),
Generalsekretär

Chefredaktion: Marijke Lass (ml)
marijke.lass@studentenwerke.de

Redaktion: Sven Engel (se), Nora Fasse (nf), Stefan Grob (sg),
Sabine Jawurek (jaw), Bettina Kracht (bk), Dr. Christiane Schindler (cs),
Susanne Schroeder (schr)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:
Frank van Bebber, Jochen Dahm, Stephan Geifes, Dr. Anja Kühne,
Britta Mersch, Prof. Dr. Wolf Wagner

Fotos: BMBF/Laurence Chaperon, M. Bussmann, CDU/CSU, Caroline Förster,
Die Linke, Foto Doppelheide & Kollow Münster, Fotostudio Stemmler,
Kay Herschelmann, Udo Hesse, imb/Ludwig Rist, iStockphoto/com/
claire-noelle, Norbert Kaltwaßer, Stefan Kaminski, Jan Kouba, Eric
Lichtenscheidt, Andreas Paul/das orange rauschen, picture-alliance/
dpa, Studentenwerke AKAFO, Düsseldorf, Köln, Ostniedersachsen,
Dietmar Wadewitz, Ulrike Zillmer

Grafik: Kerstin Schröer

Produktion: Dominik Herrmann

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner
www.ortner-concept.de

Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2011

Redaktionsanschrift: Deutsches Studentenwerk e.V.
Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-43
Fax: +49(0)30-29 77 27-99
E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem
DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion erlaubt.



DSW-KURZPORTRÄT

»Dumme rennen,
Kluge warten,
Weise gehen in
den Garten«

(Rabindranath Thakur)

Herrin der Stundenzettel

Claudia Symanzik, 42, Industriekauffrau

Von der Büroklammer bis zum Schranksystem: Claudia Symanzik hat die Ausstattung vom DSW-Büro fest im Griff. Als Sachbearbeiterin der Allgemeinen Verwaltung organisiert sie die Beschaffung der Arbeitsmaterialien, richtet Arbeitsplätze ein und kümmert sich um die Innenausstattung des gesamten DSW. Und: Sie ist die Herrin der Anträge und Abrechnungen. Stundenzettel, Reisekostenabrechnungen und Urlaubsanträge werden sorgfältig von ihr geprüft. In ihrer Freizeit liebt sie es, Heim und Garten in Brandenburg zu gestalten. Nach dem langen Winter genießt die stolze Hobbygärtnerin nun Frühling und Sommer – und ganz besonders ihren Garten: Claudia Symanzik züchtet Sonnenblumen, zieht Tomaten, jätet Unkraut und baut (übergroße!) Kartoffeln, Erdbeeren und Himbeeren an. Am Abend genießt sie mit ihrem Ehemann ein Glas Wein und schaut den echten Kois im Gartenteich zu oder ihren drei geliebten Katzen: dem Geschwister-Pärchen Bonnie & Clyde und dem Findelkind Rudi. *nf*

→ symanzik@studentenwerke.de

MEDIEN

Nachgelesen

»The King's Speech«



Colin Firth erhielt fürs Stottern einen Oscar. Nicht so im täglichen Leben. Oft treffen Stotterer in Schule und Studium auf Vorurteile oder Unsicherheiten bei der Leistungsbewertung. Die Rechtsexperten Johannes Rux und Jörg Ennuschat stellen jedoch klar: Stotterer haben Rechte – zum Beispiel auf Nachteilsausgleiche.

Die Autoren stellen diese in Bund und Ländern vor. Aber was ist, wenn Dozenten eine Zeitverlängerung oder den Ersatz der mündlichen durch eine schriftliche Prüfung verweigern? Dann hilft nur die Klage. Auch dafür geben die Autoren rechtlichen Rat. Dass es dazu gar nicht erst kommt, ist das Anliegen dieses Buchs, das sich an Betroffene ebenso richtet wie an Beratende oder Prüfungsämter. *cs*

Jörg Ennuschat, Johannes Rux: Die Rechte stotternder Menschen in Schule, Ausbildung und Studium. Demosthenes-Verlag 2010.

→ www.demosthenes-verlag.de

Von Europa lernen



Einen Blick von außen auf den Bologna-Prozess wirft Paul L. Gaston, Trustees Professor an der Kent State University in den USA. Sein Buch in englischer Sprache analysiert, wie europäische Erfahrungen in den USA genutzt werden könnten. Der Anstieg von Studierenden-, Absolventen- und Mobilitätszahlen in Europa sind für ihn Anlass, die »Herausforderung Bologna« auf Lehren für die USA hin zu untersuchen. Bologna habe klare und interdependente Ziele definiert, die USA träten demgegenüber auf der Stelle, Bologna habe eine Ausweitung des Hochschulzugangs und höhere Mobilität erreicht, beides gehe in den USA vor allem wegen steigender Studiengebühren zurück. Die Lehren für die USA: Ausbau des Hochschulzugangs durch »Community Colleges« und Abbau von Studiengebühren, klare Definition von Lernzielen und Abschlüssen, Mobilität fördern. Dieses Buch ist eine lohnenswerte Lektüre auch für Europäer. *se*

Paul L. Gaston: The Challenge of Bologna. What United States Higher Education has to learn from Europe, and why it matters that we learn it. Stylus Publishing 2010.

→ www.styluspub.com

»Bee Berlin«

Beim Studentenwerk Berlin summt es, denn seit dem 15. April 2011 stehen auf dem Dach der Mensa Nord in Berlin-Mitte zwei Bienenstöcke. Damit unterstützt das Studentenwerk die Initiative »Berlin summt!« zur vielfältigen Stadtnatur. Der Lebensraum der Honig- und Wildbienen ist gefährdet. Pestizide und Krankheiten bedrohen ihre Existenz. Man bedenke: Die Honigbiene ist eines der wichtigsten Nutztiere. Sie steht an dritter Stelle nach Rind und Schwein, nicht wegen ihres Honigs, sondern wegen ihrer Bestäubung der Pflanzen. Ohne Bienen gäbe es einen Ernteausfall von circa 70 Prozent. Damit es nicht soweit kommt, unterstützt das Studentenwerk Berlin mit dem Hobby-Imker und Mensaleiter Hans Oberländer den Erhalt der Artenvielfalt. *ml*

→ www.berlin-summt.de

Studentische Kultur

25 Jahre Kulturbüro boSKop des Akademischen Förderungswerks – 25 Jahre studentische Kultur von und für Studierende in Bochum. Das war Anlass genug, dieses Jubiläum mit einem großen Gala-Abend im März 2011 zu feiern. Das Kulturbüro »Bochumer Studentische Kulturoperative« startete 1986 als Modellversuch »Studentische Kulturarbeit« des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung, um den Campus der riesigen Pender-Universität am Rande von Bochum kulturell zu beleben. Seit 49 Semestern bietet boSKop nun ein breit gefächertes Kursprogramm, Festivals und Veranstaltungen. Ein Jubiläumsmagazin »25 Jahre boSKop« gibt es unter → www.akafoe.de/kultur *bk*



Putzplan und Party

Was heißt Putzplan auf Chinesisch? Das Deutsche Studentenwerk hat die erste bundesweite Ausgabe des »Illustrierten Wohnheimwörterbuchs« veröffentlicht. Die dreisprachige Publikation – Deutsch, Englisch und Chinesisch – zeigt in Bild und Wort typische Szenen aus einem deutschen Studentenwohnheim.



Sie soll ausländischen Studierenden den Alltag erleichtern, bei den deutschen Mitbewohnern sprachliche Barrieren abbauen und so zur Verbesserung der Kommunikation im Wohnheim beitragen. Entstanden ist das Wörterbuch ursprünglich als Gemeinschaftsprojekt des Studentenwerks Bielefeld und der Universität Bielefeld, gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Rahmen seines »Programms zur Förderung der Integration ausländischer Studierender« (PROFIN). Illustriert hat es der Kommunikationsdesigner Florian Geppert. *jaw*

→ www.studentenwerke.de/pdf/illu_Wohnheimwoerterbuch.pdf

Vegan im Oberstübchen

Hier geht's nicht um die Tassen im Schrank, sondern tatsächlich um das Essen auf dem Teller: nämlich um das vegane Essen im Obergeschoss der UniMensa des Kölner Studentenwerks. Wie man ohne Fleisch, Fisch, Milch, Eier, Gelatine, Honig und andere tierische Lebensmittel leben soll, und nicht an Mangelerscheinungen leidet? Das fragt sich so mancher Mensabesucher. Aber es geht – und auch noch verdammt lecker. Von dem Mehrgewinn an Lebensfreude und -qualität konnte der Vegan-Koch Björn Moschinski schon einige Mensagänger überzeugen. Nach einem veganen Essen falle der Studierende nicht in ein lethargisches »Fresskoma«, wie das bei einem gewöhnlichen Mittagessen der Fall sein kann, sondern sei schon nach kürzester Zeit wieder hundertprozentig leistungsfähig. Dass veganes Essen ankommt, zeigen die mittlerweile 600 Essen, die in der UniMensa täglich über die Theke gereicht werden – Tendenz steigend. *ml*



→ www.kstw.de

Illustration: Dominik Herrmann; Fotos: Ulrike Zillmer, Kölner Studentenwerk

Foto: Kay Herschelmann

Der Präsident des Deutschen Studentenwerks schreibt an sich selbst

... UND KEINER HAT SCHULD

Lieber Rolf, jetzt reg' Dich doch nicht auf. Du weißt doch, wie es läuft. Es sind doch alle guten Willens.

Alle, die das neue, dialogorientierte Online-Zulassungsverfahren für die vielen, vielen Studienfächer mit örtlichen NCs schaffen wollen, handeln redlich. Der Bund stellt die Anschubfinanzierung sicher, die Länder wollen den laufenden Betrieb zahlen, die Hochschulen müssen ein ureigenes Interesse haben, dass keine Studienplätze mehr freibleiben und sie sich nicht mit dem Irrsinn von Mehrfachbewerbungen herumschlagen müssen. Abgesehen davon, dass sie eine gesamtstaatliche Verantwortung dafür haben, dass junge, begabte Menschen rasch einen Studienplatz finden.

Die beiden Unternehmen, die das äußert ambitionierte Vorhaben realisieren sollen, kennen die Hochschulen genau (das Hochschul-Informationssystem HIS) und haben Erfahrung mit ähnlichen

nicht – und alle sind betroffen, alle wollen rasch handeln. Nächstes Jahr, nächstes Wintersemester aber dann ganz sicher!

Die IT-Infrastruktur der Hochschulen sei äußerst heterogen, heißt es nun, in so kurzer Zeit habe man das unmöglich alles angleichen können. Rolf, unter uns: Hätte man das nicht auch schon seit Jahren wissen können, ja wissen müssen? Wenn ich ein solches IT-Projekt angehe, verschaffe ich mir doch als Erstes einen Überblick über die Ausgangslage an den Hochschulen. Oder unterschätzt Du, lieber Herr Professor, einfach gnadenlos die Komplexität des Ganzen?

Das Verrückte ist, Rolf, dass man dem Ganzen ratlos gegenübersteht. Alle sind guten Willens, wollen nur das Beste, keiner hat schuld. Schuldzuweisungen laufen ins Leere, weil alle Beteiligten voneinander abhängig sind. Es hat etwas von Kafka: Man steht einem anonymen Mechanismus gegenüber, der nicht das produziert, wozu er erfunden wurde.

Rolf, merkst Du, wie oft Du in diesem Text »man« verwendest?

Eines ist klar: Die Leidtragenden sind die vielen, vielen jungen Menschen, die eigentlich nur rasch einen Studienplatz wollen und sich jetzt wieder zu Zehntausenden mehrfach bewerben müssen. Wer erklärt ihnen, warum?

Rolf, vielleicht solltest Du Dich doch aufregen. Und zwar gewaltig. Über keinen. Über alle! Schreibt Dir: Dein



Rolf Dobischat

rolf.dobischat@studentenwerke.de



Rolf Dobischat,
Präsident des Deutschen
Studentenwerks

**»Es hat etwas von Kafka:
Man steht einem anonymen
Mechanismus gegenüber,
der nicht das produziert,
wozu er erfunden wurde«**

Großprojekten (T-Systems, das Systemhaus der Telekom).

Dass nun – endlich, endlich! – so viele Studierende wie nie zuvor in der Geschichte auf die

Hochschulen zukommen, weiß man seit vielen Jahren. Dass ein Online-Verfahren für Studienplätze dann stehen muss, wenn die Massen kommen, weiß man seit vielen Jahren. Jetzt steht es

360°

Das studentische Journal
für Politik und Gesellschaft



1001 Orient
Ausgabe 01 | 2011



Wovon leben wir?
Ausgabe 01 | 2010



Bilden
Ausgabe 02 | 2010

360° ist das Wissenschaftsjournal aus Studentenhand: Mehrfach ausgezeichnet und in Deutschland einzigartig. Die Idee: Studierende unterschiedlicher Disziplinen bieten einen fundierten Rundumblick auf ein gesellschaftspolitisches Oberthema. Das Ergebnis: Ausgewählte, lektorierte Texte mit frischer Perspektive. 100% zitierfähige Artikel, die für alle verständlich sind. Gastbeiträge, Experteninterviews, Essays und Fotostrecken mit kunden und überraschenden Einsichten. Ein Heft für jedes Semester – jedes Semester neu.

Mehr Informationen unter:
www.journal360.de

Krise in Libyen.
Helfen Sie den Flüchtlingen.



UNO-Flüchtlingshilfe



jetzt spenden

Konto 2000 88 50,
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
www.uno-fluechtlingshilfe.de